



CDU BERLIN

„Gemeinsinn und Leistung“

Wie Berlin zum Vorbild für die erfolgreiche Eingliederung
der Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft wird



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Integration der hier lebenden Migranten in unsere Gesellschaft zählt zu den großen Zukunftsthemen unserer Stadt. Über 860.000 Menschen mit Migrationshintergrund leben in Berlin. Der größte Teil dieser Menschen wird hier in unserer Stadt bleiben, ihre Kinder werden hier aufwachsen, hier zur Schule gehen. Mehr als die Hälfte der Kinder, die heute geboren werden, stammen aus Familien mit

Migrationshintergrund. Es ist daher für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt entscheidend, inwieweit es uns gelingt, Integration erfolgreich zu gestalten.

Eine Partei, die den Anspruch hat, in der deutschen Hauptstadt Regierungsverantwortung zu übernehmen, muss für dieses wichtige Thema Lösungen anbieten. Die Berliner CDU hat deshalb ein umfangreiches Integrationskonzept vorgelegt, das die Delegierten auf einem Kleinen Parteitag am 13. April 2010 einstimmig beschlossen haben.

Dabei ist ein Gedanke ganz besonders wichtig: Integration kann nur gelingen, wenn es Identitätsstiftendes und Verbindendes gibt, wenn Zuwanderer und Deutsche gemeinsam für diese Aufgabe gewonnen werden. Wir wollen, dass sich in unserer Gesellschaft ein neuer Gemeinsinn herausbildet, eine Mentalität, nach der sich gut integrierte Zuwanderer gemeinsam mit den Einheimischen für die Zukunft unserer Stadt einsetzen. Zudem wollen wir dazu beitragen, die hier lebenden Migranten zu Leistungsträgern statt zu Leistungsempfängern zu machen.

Diese Herausforderung ist auch eine Schicksalsfrage für jeden von uns. Wir können es uns nicht erlauben, das große Potential, welches in unserer Stadt bracht liegt, zu vernachlässigen; aber wir können es auch nicht zulassen, dass die Dinge einfach so weiterlaufen wie bisher.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre dieser Broschüre und ermuntere Sie ausdrücklich, zu diesem wichtigen Thema in den Dialog mit uns zu treten.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Henkel, Mda
Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner CDU

Gemeinsinn und Leistung

Beschlossen auf dem 6. Kleinen Landesparteitag am 13. April 2010
in der Herbert-Hoover-Schule, Pankstraße 18 – 19, 13357 Berlin

Gliederung

Einleitung

- Viele Zuwanderer sind gut integriert und bereichern Berlin
- Berlins Missstände sind besonders groß
- Wir müssen genauer hinsehen und zuhören – die Probleme und Lösungen sind Gruppe für Gruppe anders
- Drei Ziele: Kurs bestimmen, Maßnahmen entwickeln, Gemeinsinn stiften
- Das Konzept „Gemeinsinn und Leistung“ der CDU Berlin

I. Ausgangslage

1. Integrationshemmnis: Mangelnde deutsche Sprachkenntnisse
2. Integrationshemmnis: Bildungsdefizite und fehlende Berufsabschlüsse
3. Integrationshemmnis: Arbeitslosigkeit
4. Integrationshemmnis: Segregation
5. Integrationshemmnis: Fehlende Identifikation mit Berlin und Deutschland
6. Integrationshemmnis: Gegenseitige Abschottung

II. Leitlinien

1. Eine zielgerichtete, aktive Integrationspolitik ist notwendig – denn Deutschland hat ein erhebliches Interesse am Gelingen von Integration
2. Integration kann nur gelingen, wenn die einheimischen Deutschen dafür gewonnen werden und ihre Sorgen ernst genommen werden
3. Integration kann nur gelingen, wenn wir die Zuwanderer dafür gewinnen – dazu müssen wir ihre Schwierigkeiten verstehen und diesen nachhaltig begegnen
4. Zuwanderer sollen Leistungsträger und nicht Leistungsempfänger werden

5. Wir wollen Identifikation mit Deutschland, Berlin und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stiften
6. Unsere gemeinsamen Integrationsanstrengungen dürfen nicht durch eine ungesteuerte Zuwanderungspolitik konterkariert werden

III. Integrationspolitische Maßnahmen

1. Frauen zu Verbündeten für Integration machen
2. Aktive Förderung im vorschulischen Bereich – gleiche Chancen für alle Kinder schaffen
3. Bildungschancen besser nutzen
4. Jugendliche beim Übergang in die Berufsausbildung gezielt unterstützen
5. Perspektiven für den persönlichen Aufstieg bieten
6. Den Öffentlichen Dienst zum Vorbild machen
7. Den Zusammenhalt stärken – bürgerschaftliches Engagement fördern
8. Die Lebensverhältnisse in den Kiezen ausgewogen gestalten
9. Räume für Verständigung schaffen – miteinander, statt übereinander reden
10. Begrüßungsbüros einrichten und Integrationskurse ausbauen
11. Den Zugang zu zurückgezogen lebenden Zuwandererfamilien öffnen
12. Die deutsche Staatsangehörigkeit zum Ziel einer gelungenen Integration machen
13. Zuwanderung nach nationalen Interessen steuern
14. Handels- und Reiseerleichterungen schaffen
15. Kulturpolitik als Teil der Integrationspolitik begreifen
16. Den Dialog mit Muslimen suchen
17. Kriminalität konsequent bekämpfen
18. Integrationspolitik zur Chefsache machen

IV. Abschließende Betrachtung

Gemeinsinn und Leistung

-

Wie Berlin zum Vorbild für die erfolgreiche Eingliederung der Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft wird

In Berlin leben etwa **863.500 Menschen mit Zuwanderungshintergrund**. Sie sind entweder selbst eingewandert oder stammen von Einwanderern der letzten 60 Jahre ab. 393.000 der Zuwanderer besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. Unter ihnen stellen die deutschen Aussiedler die größte Gruppe dar. Die Menschen mit Zuwanderungshintergrund machen einen Anteil von 25,7 % der Berliner Bevölkerung aus. In manchen Berliner Bezirken beträgt ihr Anteil bis zu 45 %. Von den Berliner Kindern haben heute 43 % einen Zuwanderungshintergrund. Unter den Neugeborenen trifft dies auf bereits mehr als die Hälfte zu. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird der Anteil der Berliner mit Zuwanderungshintergrund weiter wachsen.

Viele Zuwanderer sind gut integriert und bereichern Berlin

Viele von ihnen sind gut in das Leben unserer Stadt eingegliedert. Sie leisten als Ärzte, Polizisten, Handwerker, Händler, Arbeitnehmer und Unternehmer einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung unserer Stadt. **Sie identifizieren sich mit Berlin** und unserem Land. Sie fördern als ehrenamtlich Engagierte unser Gemeinwesen. Nicht zuletzt bereichern sie unsere Stadt kulturell und tragen dazu bei, dass Berlin einzigartig ist.

Berlins Missstände sind besonders groß

Gleichzeitig können wir aber nicht übersehen, dass dies auf eine viel zu große Zahl von in Berlin lebenden Menschen nicht zutrifft. Berlin hat erheblich mehr Leistungsempfänger als andere Städte. Sie können ihr Leben nicht selbstbestimmt führen und sind von Transferleistungen abhängig. Dies hat vielfältige Ursachen. **Einige Ursachen** sind bei Menschen mit und ohne Zuwanderungshintergrund gleichgelagert. Doch es gibt auch Ursachen, die **spezifisch sind für Menschen mit Zuwanderungshintergrund**. Eine zu große Zahl unter ihnen besitzt trotz langjährigen Aufenthalts keine oder nur unzureichende deutsche Sprachkenntnisse, verfügt über keinen Schulabschluss oder keine abgeschlossene Berufsausbildung, leidet unter einer erheblich höheren Arbeitslosenquote und ist sehr viel häufiger von Armut bedroht.

Einige Probleme sind inzwischen stark verfestigt. Versäumnisse der Vergangenheit auf allen Seiten und auch der Politik haben dazu beigetragen. Es fehlt schon an einer umfassenden Bestandsaufnahme sowohl der Erfolge wie auch der Missstände und deshalb an einer präzisen Analyse. So kommt die falsche Schlussfolgerung des rot-roten Senats zustande, es handele sich ausschließlich um soziale Probleme wie bei anderen aufstiegsfernen Problemgruppen auch.

Wir müssen genauer hinsehen und zuhören – die Probleme und Lösungen sind Gruppe für Gruppe anders

Die Lage der verschiedenen Zuwanderergruppen ist unterschiedlich. Europäische Zuwanderer sind in der Regel gut integriert. Bei den Zuwanderern aus nicht europäischen Staaten gibt es erhebliche Unterschiede. Auch von den Zuwanderern mit türkischen und arabischen Wurzeln haben viele Schule und Berufsausbildung oder Studium erfolgreich absolviert und den Weg in ein eigenverantwortliches und selbständiges Leben geschafft. Zu viele von ihnen jedoch leben zurückgezogen. Diese beherrschen weder die deutsche Sprache noch die Sprache ihrer Eltern richtig und haben infolgedessen weder einen Schulabschluss noch einen Beruf erlernt. Sie hängen oft archaischen Vorstellungen von Familienehre nach und es mangelt ihnen zugleich an Respekt gegenüber staatlichen Autoritäten. Ungelöste Probleme

bestehen auch aufgrund unterschiedlicher Weltanschauung und Religion. Daher wäre es falsch, alle Zuwanderer über einen Kamm zu scheren oder die Probleme bei der Integration von Zuwanderern mit der allgemeinen sozialen Frage in Berlin gleichzusetzen. Um die richtigen Lösungen zu finden, müssen die Probleme zutreffend erkannt werden. **Differenzierung tut Not.**

Drei Ziele: Kurs bestimmen, Maßnahmen entwickeln, Gemeinsinn stiften

Wir wollen mit diesem Papier drei Ziele erreichen: Erstens wollen wir mit unseren Leitlinien den grundsätzlichen Kurs unserer Integrationspolitik bestimmen. Zweitens wollen wir die notwendigen integrationspolitischen Maßnahmen vorschlagen. Und schließlich wollen wir die Berliner mit und ohne Zuwanderungsgeschichte davon überzeugen, dass sie gemeinsam im selben Boot sitzen. **Einheimische und Zuwanderer stehen nicht in einem Interessengegensatz zueinander.** Vielmehr besitzen sie ein gemeinsames Interesse an der erfolgreichen Eingliederung der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und an ihrer vollen Teilhabe an Bildungs-, Erwerbs- und Aufstiegschancen.

Das Konzept „Gemeinsinn und Leistung“ der CDU Berlin

Dazu hat die Berliner CDU das Konzept „**Gemeinsinn und Leistung**“ entwickelt. Es verdeutlicht, dass Integration nur gelingen kann, wenn die bestehenden **Probleme frei von Ideologie und Tabus ehrlich benannt** werden, wenn wir dabei sowohl die Sichtweise und Interessen der Zuwanderer als auch die der Einheimischen berücksichtigen, wenn wir vermitteln, dass Integration im **gemeinsamen Interesse** beider liegt. Nur mit diesem aufrichtigen Herangehen können wir alle für einen gemeinsamen Integrationskurs gewinnen, die Menschen **unserer Stadt zusammenführen** und den sozialen Frieden langfristig sichern. Wir wollen die Stadt einen, weil sie nur **eine gemeinsame Zukunft** haben kann.

Zudem glauben wir, dass Maßnahmen zur Integration ohne nachhaltige Wirkung bleiben, wenn **die Stadt als Ganzes sich nicht auf ein gemeinsames Leitbild verständigt.** Nur wenn wir wissen, dass und nach welchen Prinzipien wir zusammen leben wollen, werden wir unsere Gemeinsamkeiten erweitern können. Integration hat

vielfach ohne Leitbild auskommen müssen oder wurde vom gescheiterten Multi-Kulti-Gedanken geprägt. **Ohne Leitbild aber werden Integrationsmaßnahmen zur bloßen Hilfeleistung.**

Anders als andere Ansätze setzt sich das **Konzept „Gemeinsinn und Leistung“** daher besonders mit der Rolle des Staates, den Grundwerten, der Rechtsordnung und der Religion auseinander.

Die CDU Berlin bekennt sich dazu, dass verfestigten Missständen unter Teilen der Zuwanderer auch mit Sanktionen begegnet werden muss. Wir halten jede Form von **Toleranz gegenüber Kriminalität, systematischer Abschottung oder Einschüchterung von staatlichen Institutionen** – seien es Lehrer, Polizisten oder Sozialarbeiter – für **falsch**. Nur Strenge schafft in diesen Fällen den notwendigen Respekt. Es geht um die konsequente Durchsetzung staatlicher Autorität. Diese Konsequenz wird gerade auch von den Betroffenen erwartet. Gutes Zureden oder Zuwendungen helfen in diesen Fällen nicht. Das gilt selbstverständlich für alle gleichermaßen - nicht nur für Zuwanderer.

Dennoch steht im Zentrum unseres Leitbildes für Integration gerade nicht die Repression. **Die CDU als christlich geprägte Partei stellt seit ihrer Gründung Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt ihres Menschenbildes und ihres Grundverständnisses für unsere Gesellschaft.** Repression dient nur als untergeordnetes Mittel zur Abwehr von Bedrohungen für unser friedliches Gemeinwesen. Gerade für die Integration von Zuwanderern ist eine einseitige Betonung auf Repression falsch. Denn sie nähme die große Mehrheit der Zuwanderer in Mitverantwortung für eine Minderheit an Integrationsverweigern. Das spaltet die Gesellschaft und vergrößert die Integrationsprobleme.

Die CDU Berlin plädiert auch bei diesem Thema für Maß und Mitte. Eine Unterdrückung berechtigter Sorgen ist ebenso falsch und im Ergebnis integrationsfeindlich wie eine übertriebene Betonung von Verfehlungen einer kleinen Minderheit. Die Union hat in ihrer Geschichte mehrfach zur Einheit von ursprünglich sich fern stehenden Bevölkerungsgruppen und ihren Gedanken beigetragen. Auch die Aussöhnung mit unseren Nachbarn war stets ihr Programm. So sieht es die

Berliner **CDU als** ihre Aufgabe an, sich als **Anwalt aller integrationswilliger Zuwanderer** zu verstehen und zu Gemeinsinn in unserer Stadt beizutragen.

Als Berliner sind wir uns bewusst, dass sich aus der Hauptstadtfunktion unserer Stadt eine **originäre Vorbildfunktion für ganz Deutschland** ergibt. So zeigen etwa die Vorgänge im Jahr 2006 um die Neuköllner Rütli-Schule, dass lokale Ereignisse aufgrund der Präsenz der Bundespolitik in Berlin bundesweite Aufmerksamkeit hervorrufen und Einfluss auf die Bundespolitik haben. Diesen Einfluss wollen wir nutzen. Wir wollen Berlin zum Vorbild für die erfolgreiche Eingliederung der Zuwanderer machen.

I. Ausgangslage

Wie ist die derzeitige Ausgangslage? Worin bestehen die ärgsten Integrationshemmnisse?

1. Integrationshemmnis: Mangelnde deutsche Sprachkenntnisse

Der Erwerb der deutschen Sprache ist unabdingbare Voraussetzung für Eingliederung und Aufstieg in unserer Stadt. Alle repräsentativen Untersuchungen kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass sich die Sprachkompetenzen der Zuwanderer je nach Herkunftsland unterscheiden. Für rund ein Drittel der türkischstämmigen Zuwanderer ist eine nur geringe Sprachkompetenz festgestellt worden. Zu viele leiden gar unter „doppeltem Analphabetismus“, da sie weder die deutsche noch die Heimatsprache ihrer Eltern beherrschen. Auch die Erfahrungen an den Berliner Schulen zeigen deutlich, dass gerade die schlecht eingegliederten Zuwandererkinder über zum Teil erhebliche Sprachdefizite verfügen. Nicht nur Kinder, auch Erwachsene brauchen Erfolgserlebnisse. Ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse werden sie sie nicht haben.

2. Integrationshemmnis: Bildungsdefizite und fehlende Berufsabschlüsse

Bildung und berufliche Qualifikation sind Voraussetzung für beruflichen Erfolg und wirtschaftliche Eigenständigkeit. Im Jahr 2007 verfügten 18,9 % der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Alter von 25 bis 65 Jahren über keinen Schulabschluss im Vergleich zu nur 1,9 % der Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. 2007 betrug die Schulabbrecherquote 7,3 % der Gesamtbevölkerung und 16 % bei Ausländern.

3. Integrationshemmnis: Arbeitslosigkeit

Arbeit ist ein wichtiger Integrationsfaktor. Am Arbeitsplatz wirken Menschen zusammen und entwickeln Gemeinsinn. Von den in Berlin lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte waren am 31.12.2008 mehr als 30 % arbeitslos im Vergleich zu 12,8 % der Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. Etwa 20 % aller Berliner erhalten staatliche Transferleistungen im Vergleich zu 5 % der Bayern und Baden-Württemberger. Zwei Drittel aller armutsgefährdeten Familien haben eine Zuwanderungsgeschichte. Das Thema Arbeit hat eine besondere Schlüsselfunktion. Denn andere Integrationshemmnisse werden massiv verstärkt, wenn es an dauerhafter Beschäftigung fehlt. Selbst ein schlecht Deutsch sprechender Kollege im Betrieb findet leichter Anschluss, Anerkennung und Austausch mit seinen Kollegen als ein Arbeitssuchender.

4. Integrationshemmnis: Segregation

In einer Reihe von Berliner Kiezen liegt der Zuwandereranteil bei über 60 % der Bevölkerung. Dies trifft auf fünf Kieze in Kreuzberg und je vier in Mitte und Neukölln zu. Auch in Spandau, Lichtenberg, Schöneberg, Wilmersdorf und Reinickendorf entstehen Kieze mit einem Zuwandereranteil von deutlich über 30%. An manchen Schulen in diesen Kiezen beträgt der Anteil der Kinder mit Zuwanderungshintergrund über 80 %. Derartige Konzentrationen erschweren die Gemeinschaft, den Gemeinsinn und das gegenseitige Verständnis der Berliner mit und ohne Zuwanderungshintergrund.

5. Integrationshemmnis: Fehlende Identifikation mit Berlin und Deutschland

Rund ein Drittel der türkischstämmigen Zuwanderer fühlt sich der Türkei stärker verbunden, ein Drittel fühlt sich Deutschland stärker verbunden und ein Drittel fühlt sich beiden Ländern gleich stark verbunden. Daneben erklären 61 % von ihnen, sich ausgegrenzt und diskriminiert zu fühlen. Eine große Zahl der gut Ausgebildeten unter ihnen gibt an, Deutschland den Rücken kehren zu wollen. Nur wer sich willkommen fühlt, wird sich mit unserer Stadt und unserem Land identifizieren.

6. Integrationshemmnis: Gegenseitige Abschottung

Viele Berliner haben Sorgen vor hoher Zuwanderung und Überfremdung. Auch das wahrnehmbare Auftreten des Islam weckt Besorgnisse. Verteilt auf verschiedene Verwaltungen gibt es in Berlin eine Vielzahl unkoordinierter Einzelprojekte, deren Erfolg nicht messbar ist. Das führt zu einer Enttäuschung über hohe Integrationskosten und geringe Integrationserfolge. Integration erfordert aber, dass die Berliner mit und ohne Zuwanderungsgeschichte ihren Lebensalltag teilen und nicht unbeteiligt nebeneinander her leben.

Überspitzt zusammenfassend lässt sich sagen: Ausgerechnet viele gut Ausgebildete verlassen Berlin und Deutschland. Zu viele von denen, die hier bleiben, sind frustriert, schlecht ausgebildet und nur schwer in der Lage, für sich und ihre Familien ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Und viele Einheimische beklagen die hohen Integrationskosten und die geringen Integrationserfolge, ziehen sich skeptisch und resigniert zurück und verweigern ihren Beitrag zur Integration. Das wollen wir ändern.

II. Leitlinien

Auf der Grundlage dieser Einschätzung legen wir folgende **Leitlinien für unsere zukünftige Integrationspolitik** fest:

1. Eine zielgerichtete, aktive Integrationspolitik ist notwendig – denn Deutschland hat ein erhebliches Interesse am Gelingen von Integration
2. Integration kann nur gelingen, wenn die einheimischen Deutschen dafür gewonnen werden und ihre Sorgen ernst genommen werden
3. Integration kann nur gelingen, wenn wir die Zuwanderer dafür gewinnen – dazu müssen wir ihre Schwierigkeiten verstehen und diesen nachhaltig begegnen
4. Zuwanderer sollen Leistungsträger und nicht Leistungsempfänger werden
5. Wir wollen Identifikation mit Deutschland, Berlin und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stiften
6. Unsere gemeinsamen Integrationsanstrengungen dürfen nicht durch eine ungesteuerte Zuwanderungspolitik konterkariert werden

Diese Leitlinien werden nachfolgend im Einzelnen erläutert:

1. Eine zielgerichtete, aktive Integrationspolitik ist notwendig – denn Deutschland hat ein erhebliches Interesse am Gelingen von Integration

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bei ihrer Gründung darauf beschränkt, den Menschen einen Ordnungsrahmen für ihr im Übrigen freies und wirtschaftlich eigenverantwortliches Leben zu geben. Über die Jahrzehnte hat sie sich aber von einem Ordnungsstaat zu einem insbesondere sozialpolitisch motivierten Interventionsstaat gewandelt. Es gibt kaum noch Lebensbereiche, in denen ein permanenter Eingriff des Staates nicht erfolgt. Man kann diesbezüglich Zweifel hegen, ob dies zum Besten der Menschen ist. Denn staatlicher Eingriff lähmt Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen und erzielt nicht immer die gewünschten Ergebnisse.

Für die CDU Berlin gilt: **Der staatliche Eingriff in das Leben der Menschen bedarf immer der Rechtfertigung und der ständigen Überprüfung auf seine Berechtigung und Effizienz.** Denn der Eingriff des Staates ist in der Regel mit Einschränkungen der persönlichen Freiheit des Einzelnen und mit dem Einsatz von Steuergeldern verbunden.

Die **Ergebnisse der bisherigen integrationspolitischen Interventionen des Staates sind zweifelhaft.** Es ist viel Geld ausgegeben und dabei wenig erreicht worden. Es existieren keine wohl strukturierten Mechanismen, die den Ordnungsrahmen darstellen. Integrationspolitik konzentriert sich darauf, über eine Vielzahl von Projekten das staatliche Füllhorn gleichmäßig wie mit einer Gießkanne auszuschütten. Eine Kontrolle des zu erwartenden und des erzielten Nutzens findet nicht statt. So sieht kein verantwortlicher Umgang mit Steuergeldern aus. Es verwundert daher nicht, dass viele Bürger in den Problemkiezen den ineffizienten Einsatz ihrer Steuergelder in der Integrationspolitik als Verschwendung erleben.

Was also rechtfertigt die Intervention des Staates bei der Eingliederung von Zuwanderern?

- a) Die Kosten einer erfolgreichen Integration sind geringer als die Kosten mangelnder Integration.

Es ist im gemeinsamen Interesse aller, dass die **Menschen in der Lage sind** oder in die Lage versetzt werden, **sich und ihre Familie durch eigene Erwerbstätigkeit zu unterhalten** und dies als erstrebenswertes Ziel eines **selbstbestimmten Lebens** erkennen. Daher sind alle effektiven Maßnahmen hierzu im gemeinsamen Interesse. Dazu gehört der volle Zugang zu Bildung, Ausbildung, beruflicher Qualifikation und zum Arbeitsmarkt. Wenn dies nicht gelingt, werden die betroffenen Menschen die Solidargemeinschaft dauerhaft in Anspruch nehmen müssen und Mittel binden, die dann nicht für andere Zwecke zur Verfügung stehen. Zugleich entsteht die Gefahr des Abrutschens in die Kriminalität. Das kann niemand wollen.

- b) Die Bevölkerungsentwicklung ist in Deutschland trotz Zuzugs rückläufig. Sie hat sich von 82.438.000 am 31.12.2005 auf etwa 82.002.000 im Jahre 2008 reduziert. Während im Jahre 1964 1.357.304 Kinder in der Bundesrepublik Deutschland und der damaligen DDR zur Welt kamen, sind im Jahre 2008 nur 682.514 und damit nur etwa die Hälfte im wiedervereinigten Deutschland geboren worden. Ohne Zuwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg betrüge die Bevölkerung Deutschlands heute nicht 82 Millionen, sondern knapp 67 Millionen Menschen. Doch trotz Zuwanderung gehen die Studien von einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung aus; die Berechnungen für das Jahr 2030 schwanken zwischen 77,35 und 79,03 Millionen.

Es ist erkennbar, dass Deutschland ohne die bei uns lebenden Zuwanderer eine überalternde Gesellschaft finanzieren und seine soziale Leistungskraft erheblich einschränken müsste. **Gut integrierte Zuwanderer steuern einen wesentlichen Beitrag zur Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens bei.**

- c) Der Region Berlin-Brandenburg steht in den kommenden Jahren ein **erheblicher Fachkräftemangel** bevor. In vielen Bereichen der Wirtschaft ist dieser Mangel schon jetzt spürbar. Aufgrund der demografischen Entwicklung sind wir auf die Fähigkeiten aller, auch der Zuwanderer, angewiesen. Es ist im allgemeinen Interesse, dass auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu Fachkräften ausgebildet werden. Zudem sind viele von ihnen mit ihren

Sprachkenntnissen und ihrer Migrationserfahrung in der zunehmenden Globalisierung für viele deutsche Unternehmen ein handfester Gewinn.

- d) Auch haben wir ein **kulturelles Interesse** an den bei uns lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Kulturelle Vielfalt ist kultureller Reichtum, und das ist für eine Stadt wie Berlin von Bedeutung. Es entspricht unserem **christlichen Menschenbild**, dass uns an allen dauerhaft in unserer Gemeinschaft lebenden Menschen gelegen ist.

2. Integration kann nur gelingen, wenn die einheimischen Deutschen dafür gewonnen werden und ihre Sorgen ernst genommen werden

Die Eingliederung der Zuwanderer kann nur **mit und nicht gegen den Willen der einheimischen Deutschen** gelingen. Nur wenn wir ihre Sorgen ernst nehmen, werden sie zu überzeugen sein und die Integration unterstützen.

40 % der Berliner sind nach einer Umfrage von Infratest dimap vom Dezember 2009 für ein Minarettverbot. Nach einer Emnid-Umfrage vom 11.10.09 glauben 51 % der Deutschen, dass 70 % der türkischen und 90 % der arabischen Bevölkerung in Berlin nicht integrationswillig oder integrationsfähig sind. Wie kommt es zu diesen Umfrageergebnissen?

Diese Zahlen sind Ausdruck einer großen Sorge vieler Einheimischer vor Zuwanderung, Überfremdung, Ausnutzung des deutschen Sozialstaates, steigender Kriminalität und der sozialen Sprengkraft zwischen den Parallelgesellschaften. Viele Mitbürger mit diesen Besorgnissen fühlen sich und die deutschen Interessen politisch nicht vertreten. Wagen sie, ihre Besorgnisse zu äußern, müssen sie befürchten, dass sie deswegen verlacht und verhöhnt oder moralisch verurteilt werden. Sie schweigen daher, unterdrücken ihre Besorgnisse und ziehen sich zurück, bis sich ihre Stimmung in Umfragen wie den vorgenannten entlädt. Das können wir nicht wollen.

Wir machen es uns zu leicht, wenn wir der Integrations skepsis vieler Einheimischer immer gleich mit der „moralischen Keule“ begegnen. Damit nehmen wir ihnen die Sorgen nicht und gewinnen sie auch nicht für gemeinsame Integrationsanstrengungen. Für eine erfolgreiche Integration ist es aber erforderlich, dass beide Seiten daran mitwirken. Denn **Integration kann nicht staatlich angeordnet werden**. Sie benötigt die Mitwirkung aller, der Einheimischen wie der Zuwanderer, im Alltag in den Kiezen und Vereinen, an Schulen und am Arbeitsplatz. Wenn sich ein Teil der Gesellschaft der Integration verweigert, dann kann auch der Staat nur wenig erreichen. **Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit können nur wachsen, wenn die Beteiligten die Gemeinschaft auch wollen**. Daher ist es erforderlich, dass wir die Menschen zusammenführen und ihnen ihre Ängste und Sorgen nehmen.

Dazu bedarf es **verantwortungsvoller politischer Führung**. Diese muss zum einen deutlich machen, dass eine kluge Integrationspolitik neben den Interessen der Zuwanderer auch die deutschen Interessen berücksichtigt. Dies ist in der Vergangenheit nicht geschehen. Je glaubwürdiger **deutsche Interessen vertreten** werden, desto größer wird die Unterstützung der Integration der Zuwanderer und desto kleiner wird die Zahl der Skeptiker.

Zum anderen müssen Einwanderer wie Einheimische davon überzeugt werden, dass eine gelungene Integration in ihrem eigenen wie im **gemeinsamen Interesse** liegt und dass sie im selben Boot sitzen. Das ist bislang nicht geschehen.

3. Integration kann nur gelingen, wenn wir die Zuwanderer dafür gewinnen – dazu müssen wir ihre Schwierigkeiten verstehen und diesen nachhaltig begegnen

Die gewünschte Eingliederung der Zuwanderer kann nur gelingen, wenn die betroffenen Zuwanderer mitwirken. Dazu sollten wir die Reservierten unter ihnen anhalten, vor allem mit Überzeugungsarbeit und Motivation, notfalls aber auch mit Nachdruck und Sanktion.

Es gilt, allen Menschen mit Zuwanderungshintergrund die **Integration als große persönliche Chance** zu verdeutlichen. Es ist die Chance, gleichberechtigter Teil einer großen Kulturnation zu werden und den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg hin zu einem selbstbestimmten Leben zu schaffen. Dieses reizvolle Angebot wollen wir mit umfangreichen Maßnahmen unterstützen.

Dazu gehört es auch, die eingliederungswilligen Zuwanderer willkommen zu heißen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass wir zur Gemeinschaft mit ihnen bereit sind. **Wer sich ausgegrenzt und nicht willkommen fühlt, den kann man auch nicht zur Mitwirkung gewinnen.** Daher müssen wir die Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenbringen und ihre Gemeinschaft fördern. Hier ist nicht nur der Staat gefordert, sondern hier bedarf es der Mitwirkung der vor Ort lebenden Menschen. Begründen wir auf lokaler Ebene, gerade in den sogenannten Problemkiezen, eine Kultur der Begegnung, des Gesprächs und der Gemeinsamkeiten. Motivieren wir möglichst viele Menschen, die Gesellschaft vor Ort zu gestalten und Verantwortung füreinander und für unser Land zu übernehmen. Stiften wir Gemeinsinn **auf lokaler Ebene.**

4. Zuwanderer sollen Leistungsträger und nicht Leistungsempfänger werden

Die hohe Anzahl der Empfänger von Transferleistungen in Deutschland und besonders in Berlin ist eine große Belastung für die öffentlichen Haushalte und die Sozialsysteme. Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und die in das Grundgesetz eingebaute Schuldenbremse werden wachsende Belastungen durch steigende Transferleistungen zukünftig nicht zulassen. Daher haben weder Einheimische noch Zuwanderer ein Interesse daran, dass diese Belastung wächst. Um sie zu reduzieren, müssen allen dauerhaft bei uns lebenden Menschen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, alle **Bildungswege und Aufstiegschancen** offenstehen, und wir müssen sie und uns verpflichten, diese Chancen zu ergreifen und ein eigenverantwortliches Leben anzustreben. Deutschland muss zur **Bildungsrepublik und zur Aufsteigerrepublik für Einheimische und Zuwanderer werden.** Leistung muss sich lohnen. Und dass sich Leistung lohnt, muss vermittelt werden.

Dazu bedarf es umfangreicher Anstrengungen in den ersten Lebensjahren, im vorschulischen Bereich, in Schule und Berufsausbildung, auf dem Arbeitsmarkt, in der Berufsqualifikation, im Studium und bei Unternehmensgründungen. **Eigenverantwortung und gesellschaftliches Engagement** aller Bürger mit und ohne Zuwanderungsgeschichte sind – wie in so vielen Bereichen – unersetzlich. Ziel ist es, die Zuwanderer zu Akteuren ihres eigenen gesellschaftlichen Aufstiegs zu machen.

5. Wir wollen Identifikation mit Deutschland, Berlin und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stiften

Der wirtschaftliche Aufstieg ist aber nur die eine Seite der Medaille der Eingliederung der Zuwanderer. Ebenso wichtig ist, dass sich die dauerhaft bei uns lebenden Menschen zu den **Grundwerten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung** bekennen, diese Werte leben und an ihre Kinder weitergeben und sich **mit Deutschland als ihrem Land identifizieren**.

Warum ist das so wichtig?

In Berlin leben Menschen aus 186 verschiedenen Ländern. Selbst wenn man die Zukunft unseres Gemeinwesens als eine „kosmopolitische Föderation der Kulturen“ sähe, so hat doch eine Föderation wie ein Mosaik eine Struktur. Diese Struktur sind die Bindekräfte, die unser Land als Identifikation stiftende Gemeinschaft auf Dauer zusammenhalten.

Bei aller Heterogenität und Vielfalt der Herkunft der Zugezogenen kann **eine Gesellschaftsordnung ohne innere Bindekräfte nicht auf Dauer existieren**. Gerade eine demokratische Gesellschaft bedarf des Bekenntnisses und der Mitwirkung ihrer Mitglieder. Ernst-Wolfgang Böckenförde, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, hat gesagt: „Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Das bedeutet: **Unsere Demokratie ist in ihrer Existenz darauf angewiesen, dass sie von den sie tragenden Bürgern geschätzt, gelebt und erhalten wird**. Diese Geisteshaltung

müssen wir nicht nur uns selbst und unseren Kindern, sondern auch den Zuwanderern täglich nahe bringen, wir müssen sie und uns darauf verpflichten.

Dazu ist es erforderlich, dass **wir uns selbst unserer Werte bewusst werden**, dass wir uns zu ihnen bekennen, dass wir sie nicht der Beliebigkeit anheimstellen, sondern dass wir sie selbst leben und von allen, die mit uns dauerhaft zusammenleben wollen, einfordern.

Welches sind die **Grundwerte, die unser Land zusammenhalten**? Was macht unsere sittliche Haltung aus? Um dies zu beantworten, müssen wir uns der über zweitausendjährigen Wurzeln unserer deutsch-europäischen Kulturgeschichte bewusst werden. Sie begann mit der griechischen Antike und ist geprägt worden durch die Christianisierung Deutschlands und Europas, das im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation über fast 1.000 Jahre seine Ordnung fand. Sie ist auch geformt worden durch Reformation und Aufklärung, die bürgerliche Revolution von 1848 und die erste deutsche Verfassung von 1849, durch die großen deutschen Dichter, Denker und Musiker, ebenso durch die Brüche, Tiefpunkte und Verbrechen des 20. Jahrhunderts, aber auch durch den deutschen Erfindergeist und die Leistungen des Wiederaufbaus in der politischen, wirtschaftlichen und moralischen Stunde Null am Ende des Zweiten Weltkrieges. Diese Entwicklung war Voraussetzung für das Grundgesetz, das mit unübertroffener Schönheit und Klarheit den **Kernsatz unserer sittlichen Ordnung** in Artikel 1 zum Ausdruck bringt:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Für diese großartige **deutsch-europäische kulturgeschichtliche Identität** müssen wir die Zuwanderer gewinnen, ja begeistern.

Wir Deutsche müssen uns aber auch fragen, ob wir selbst in ausreichendem Maße für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. **Wie können wir erwarten, dass Zuwanderer Enthusiasmus für Deutschland und den demokratischen Rechtsstaat entwickeln, wenn wir nicht selbst begeistert unsere Werte leben** ? Wie können wir von Zuwanderern ein Bekenntnis zu unseren

Werten erwarten, wenn wir nicht selbst Stolz auf unser Land empfinden und wenn wir nicht selbst unsere Wertschätzung für unser Land, unsere Geschichte und Kultur und unsere demokratische Ordnung zum Ausdruck bringen, in dem wir sie als unantastbar und als Grundlage eines zivilisierten Zusammenlebens einfordern?

Was für unseren Patriotismus für Deutschland und für unsere Wertschätzung für unsere Grundwerte gilt, gilt in gleicher Weise für unsere Liebe zu Berlin. Nur wenn sich die Berliner mit ihrer Stadt identifizieren, können sie als Botschafter ihrer Stadt Zuwanderer für die Mitwirkung am Gemeinwesen gewinnen. Erfolgreiche Integrationsstädte wissen ihre Zuwanderer mit ihrem Patriotismus anzustecken. **Aus einer starken gemeinsamen Liebe zu Berlin erwächst die Attraktivität, die die Zuwanderer an- und mitzieht** für das Gemeinwesen.

Sichtbares Zeichen für die Identifizierung mit unserem Land ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Wir wollen, dass alle dauerhaft bei uns lebenden Zuwanderer die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben und dazu die Voraussetzungen für ihren Erwerb erfüllen. Sie sollte eine **Auszeichnung sein für die, die sich erfolgreich eingegliedert haben.** Ihre Verleihung soll der Regelfall sein.

6. **Unsere gemeinsamen Integrationsanstrengungen dürfen nicht durch eine ungesteuerte Zuwanderungspolitik konterkariert werden**

Es steht außer Frage, dass sich die Zuwanderungspolitik auf die Integrationspolitik auswirkt.

Die heutigen Probleme bei der Integration eines Teils der in den letzten 60 Jahren Eingewanderten sind das Ergebnis einer langjährigen verfehlten Zuwanderungspolitik. **Zuwanderung wurde** seit Beginn der 70er Jahre mehr und mehr **ungesteuert zugelassen.** Anders als in den 50er und 60er Jahren wurde sie nicht am Bedarf des Arbeitsmarktes oder sonstigen nationalen Interessen ausgerichtet. Zugleich verhinderte die verbreitete **Multikulti-Romantik** die Eingliederung der Zuwanderer und die bewusste Gewinnung für die Werte, für die

unser Gemeinwesen steht. Eingliederung? Wozu? Jeder sollte doch bleiben können, was er war, also Türke, Kurde, Araber, Russe, Vietnamesen usw. Es war „politically incorrect“, die Zuwanderung nach nationalen Interessen zu steuern und Erwartungen an die Integrationsbereitschaft der Zuwanderer zu formulieren. Das Ergebnis dieser Paarung aus verantwortungsloser Zuwanderungspolitik und sorgloser Integrationsverhinderung stellt heute eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen dar.

Richtig ist: Wir müssen Art und Ausmaß der Zuwanderung an den Interessen unseres Gemeinwesens ausrichten. Kriterien sind dabei auch der Bedarf und die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes sowie die Lage der Sozialsysteme. Das aktuelle, in der großen Koalition **reformierte Zuwanderungsrecht in Deutschland hat sich bewährt**. Doch gerade für Hochqualifizierte muss Deutschland noch attraktiver werden. In diesem Segment sind wir weiterhin von Abwanderung bedroht. Gerade für eine Stadt wie Berlin ist die Umkehrung dieser Entwicklung sehr bedeutend.

Deutschlands Zukunft hängt davon ab, dass es seine in vielen Bereichen bestehende Technologieführerschaft bewahrt und ausbaut. Deutschland, arm an Rohstoffen, hat seinen heutigen Wohlstand ausschließlich dem Fleiß und Erfindungsgeist seiner Menschen zu verdanken. „Made in Germany“ ist zu einer Marke für Spitzentechnologie geworden. Deutschland lebt auch heute davon, die besten Technologien zu entwickeln, zu vermarkten und zu exportieren. Daher hat Deutschland ein existentielles Interesse daran, dass **die bei uns lebenden Menschen** mit und ohne Migrationshintergrund die **beste Ausbildung** genießen und dass sich die Zuwanderung auf Qualifizierte konzentriert. Eine Zuwanderung direkt in das deutsche Sozialsystem ist nicht im Interesse unseres Landes und lehnen wir daher ab.

III. Integrationspolitische Maßnahmen

Wie lassen sich diese integrationspolitischen Leitlinien verantwortlich umsetzen? Welche Mechanismen können geschaffen werden? Welche Projekte sind förderungswürdig? Wie kann eine Überprüfung von Mitteleinsatz und Ergebniskontrolle erfolgen?

Entscheidend ist, dass wir unsere Anstrengungen auf den Teil der Zuwanderer konzentrieren, der erhebliche Integrationsdefizite aufweist. Ziel ist die Beseitigung der Integrationshemmnisse wie mangelnde deutsche Sprachkenntnisse, Abbruch von schulischer und beruflicher Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und zu geringe Einbürgerungsquote. Steuermittel sind nicht mit der Gießkanne zu verteilen. Vielmehr sind Investitionen gezielt zur Beseitigung dieser Integrationshemmnisse vorzunehmen.

Fördern und Fordern ist unsere Devise in der Integrationspolitik. Um die Integration der Zuwanderer und ihrer Kinder zum Erfolg zu führen und ihren Aufstieg zu ermöglichen, muss die Mitwirkung der Betroffenen vorrangig durch Werben und Überzeugen erwirkt werden. Wer sich jedoch der Integration hartnäckig verweigert, muss mit Sanktionen rechnen.

Ebenso **wichtig ist eine offensive und ehrliche Kommunikation über erzielte und noch ausstehende Integrationsfortschritte**, über die Leistungen der Gesellschaft und des Staates sowie über die Anstrengungen der Zuwanderer. Ohne einen solchen Austausch wird der **notwendige Gemeinsinn**, wird das notwendige **Bewusstsein der geeinten Stadt** nicht wachsen.

1. Frauen zu Verbündeten für Integration machen

Mädchen haben die besseren Schulabschlüsse, machen um ein Vielfaches häufiger Abitur, fallen selten als gewalttätig auf und erkennen sehr viel mehr als ihre Brüder, dass Integration gerade für sie besondere Chancen enthält. Zugleich können

sie uns Zugang zu ihren in der Regel viel schlechter integrierten Brüdern verschaffen und bei unseren Integrationsanstrengungen unterstützen.

Frauen verdienen bei der Integrationsarbeit unsere besondere Aufmerksamkeit. Über sie erreichen wir deren Männer, Söhne und Brüder. Frauen können daher **im besten Sinne Verbündete für unser gemeinsames Ziel** der einen Stadt werden. Die Angebote für Müttersprachkurse sind auszubauen.

2. Aktive Förderung im vorschulischen Bereich – gleiche Chancen für alle Kinder schaffen

Für den schulischen Erfolg von Kindern sind ihre Deutschkenntnisse von entscheidender Bedeutung. Ziel muss es sein, dass die Sprachkompetenzen aller Kinder mit und ohne Zuwanderungshintergrund bis zum Eintritt in die Schule altersgerecht hergestellt sind. Dafür lässt sich am besten in den Kindertagesstätten sorgen.

Im März 2009 besuchten 96 % der Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren mit Deutsch als Muttersprache eine Kindertagesstätte. Bei den Kindern mit Zuwanderungshintergrund, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, lag der Wert bei 84 %. Die **Erfahrung zeigt, dass die Zuwandererkinder, die Kindertagesstätten besuchen, erheblich bessere Sprachfähigkeiten aufweisen.**

Daraus ergeben sich folgende Schlussfolgerungen:

- a) Der Anteil der **Zuwandererkinder**, die eine **Kindertagesstätte** besuchen, **muss erhöht werden**. Solange die wesentlichen Integrationsprobleme nicht behoben sind, halten wir die **Einführung des Betreuungsgeldes für kontraproduktiv** und deshalb falsch.
- b) Die **verbindlichen Sprachstandsfeststellungen** nach dem Gesetz zur vorschulischen Sprachförderung sind auf den Zeitpunkt **zwei Jahre vor der**

- Einschulung** vorzuverlegen, um mehr Zeit für verpflichtende Sprachfördermaßnahmen zu gewinnen.
- c) Ebenso ist bei Förderbedarf der **gezielte Sprachförderunterricht auf zwei Jahre zu verlängern**.
 - d) In den Kindertagesstätten sind die **Sprachförderung in Vorbereitung auf den Schuleintritt zu systematisieren** und die Fortschritte extern zu evaluieren.
 - e) **Kindertagesstätten sollen mehr dazu genutzt werden, die Eltern zu erreichen**. Denn einer Vielzahl der Eltern ist noch nicht bewusst, dass sie die Schulvorbereitung und die Schullaufbahn aktiv begleiten müssen und die Kindertagesstätten die erste Bildungseinrichtung für den sozialen Aufstieg ihrer Kinder ist.
 - f) Die Kindertagesstätten sind nach Bedarf personell und materiell besser auszustatten. Dies hat Vorrang vor einer erweiterten Beitragsfreiheit für Eltern.

3. Bildungschancen besser nutzen

Unser Ziel ist es, dass auch Kinder von Zuwanderern vermehrt die Bildungschancen unserer Schulen nutzen. Erste Erfolge sind sichtbar. So ist z. B. der Anteil der Abiturienten mit türkischen Wurzeln von 2004 bis 2009 von 7,4 % auf 14,8 % gestiegen.

- a) In Berlin gibt es unter den Schülern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte eine zu große Zahl „**Schulverweigerer**“, die dem Schulunterricht trotz Schulpflicht fern bleiben. Die Schulpflicht muss durchgesetzt werden. Dazu gehören auch Sport- und Schwimmunterricht für alle Mädchen. Die Erfahrungen zeigen aber, dass dies allein durch Polizeieinsatz nicht geleistet werden kann. Erheblich wirksamer wäre die **Kürzung staatlicher Leistungen an die Eltern**. Dafür sind die noch fehlenden gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Es liegt im Verantwortungsbereich der Eltern, dass ihre Kinder zum Unterricht erscheinen.

Auch die Jugendsozialarbeit, die u. a. auch der Integration von Schulverweigerern und Unterrichtsstörern in den geregelten Unterricht dient, ist an den Schulen zu verstärken.

- b) In einigen Berliner Kiezen mit hohem Zuwandereranteil gibt es Schulen, in denen **aufgrund schlechter Deutschkenntnisse ein wirksamer Unterricht nur schwer** stattfinden kann.

Wir halten es für unrealistisch, die Zuwandereranteile in allen Berliner Schulen einander anzugleichen, wie dies vielfach vorgeschlagen wird. Denn es ist unverhältnismäßig, Schüler auf weite Reisen durch ganz Berlin zu Schulen außerhalb ihres Kiezes zu zwingen. Auch wird man die Eltern von Schülern mit guten Sprachfähigkeiten nicht veranlassen können, ihre Kinder in die Problemkieze auf die dortigen Schulen zu schicken. Es wird daher erforderlich sein, die Verhältnisse vor Ort zu verbessern.

Dazu sind sofortige **Sprachstandsfeststellungen in allen Schulklassen dieser Gebiete** erforderlich. Alle Schüler mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen sind unverzüglich in verpflichtenden Sprachförderklassen zusammenzufassen, die für die Dauer eines Schuljahres **am Nachmittag** die erforderlichen Sprachfertigkeiten durch **Intensivkurse** herbeiführen. Diese Sprachförderklassen können unterstützend auch durch außerschulische Träger durchgeführt werden. Die förderbedürftigen Schüler sind nach dem Grad ihres Förderbedarfs auf die Sprachförderklassen zu verteilen.

Mit Ausnahme des Fremdsprachenunterrichts soll **Deutsch die einzige Sprache in Unterricht und Pausen an nicht-internationalen Schulen sein**. Darauf ist durch Vereinbarungen zwischen Lehrern, Eltern und Schülern hinzuwirken.

- c) Das **Ganztagsangebot** an Schulen ist in Zusammenarbeit mit Betrieben, Vereinen, Bildungspaten und Stiftungen auszubauen, im Falle erheblicher Leistungsdefizite, Leistungsverweigerung oder Verwahrlosung als verpflichtend

anzuordnen und im Weigerungsfalle mit der Kürzung von staatlichen Leistungen an die Eltern durchzusetzen.

- d) Die Einstellung von **qualifizierten Lehrern mit Migrationshintergrund** kann aufgrund ihrer Vorbildfunktion hilfreich sein. Zuwandererkinder sind systematisch für den Lehrberuf zu interessieren.
- e) Eltern und Schule tragen gemeinsam Verantwortung für den Bildungserfolg der Kinder. Die Schulen sollten mit den Eltern mit und ohne Zuwanderungshintergrund bei Bedarf **Elternverträge** abschließen, in denen die elterliche Verantwortung genau definiert wird, die Eltern zur Mitwirkung veranlasst und Sanktionen für den Fall mangelnder Mitwirkung festgelegt werden. Direkte Ansprache ist wirksam.
- f) Schließlich sollte ein **Übersetzer-Pool** verfügbar sein, den Lehrer um Hilfe bitten, wenn sie mit Eltern über das Fortkommen ihrer Schulkinder kommunizieren und dies erheblichen Sprachbarrieren begegnet.

4. Jugendliche beim Übergang in die Berufsausbildung gezielt unterstützen

Der Übergang von der Schule in den Beruf stellt eine große Zäsur dar. Jeder Betroffene muss seine Neigungen und Fähigkeiten ermitteln, die Wahl zwischen Oberstufe oder Berufsausbildung treffen, gegebenenfalls einen Ausbildungsplatz finden, dazu Bewerbungen schreiben und sich in der Ausbildung bewähren. Dies ist gerade für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eine große Herausforderung.

Um die Orientierung und den Übergang zu unterstützen, können **Mentoren** sehr hilfreich sein. In Zusammenarbeit zwischen Schulen, Unternehmens-, Berufs- und Migrantenverbänden und den Kammern ist ein **Netzwerk ehrenamtlicher Berufslotsen und Mentoren** aufzubauen. Insbesondere gut integrierte Zuwanderer sind hier gefragt, als Berufslotsen und Mentoren Verantwortung zu übernehmen. Ehrenamtlichem Engagement sind hier keine Grenzen gesetzt. Aus den Mentoren

lassen sich **Berlin-Botschafter entwickeln**, die als Zuwanderer stellvertretend für eine gute Entwicklung in Berlin stehen. Die jetzt in den meisten Berliner Bezirken eingerichteten, weitgehend kompetenzlosen Migrationsbeauftragten sollten als zukünftige **Integrationsbeauftragte** den Aufbau und die Tätigkeit des Mentorennetzwerkes koordinieren.

Die Integrationsbeauftragten der Bezirke sollen auch zu außerschulischen Sprach-, Bildungs-, Berufsausbildungs- und Qualifizierungsangeboten beraten.

5. Perspektiven für den persönlichen Aufstieg bieten

Deutschland hat ein Interesse daran, die **Abwanderung der Eliten unter den Zuwanderern** zu vermeiden. Sie werden als Leistungsträger in Deutschland gebraucht. Daher müssen wir bei ihnen Frustrationen vermeiden, Benachteiligungen abbauen und ihnen eine gute Perspektive für ihren persönlichen Aufstieg bieten.

- a) Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels wird es höchste Zeit, vergleichbare **ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse anzuerkennen**. Dies gilt zum Beispiel für viele zugewanderte Deutsche aus Russland. Die bürokratischen Hindernisse sind nicht nur eine Vergeudung qualifizierter Kapazitäten, sondern werden von den Betroffenen auch als ungerechte Diskriminierung empfunden. Dies drängt die Qualifizierten zur Abwanderung. Daher unterstützen wir das von der Bundesregierung geplante Anerkennungsgesetz.
- b) **Unternehmensgründungen** werden zwar schon heute mit verschiedenen Einzelmaßnahmen unterstützt. Im Ergebnis brauchen wir aber eine ganz neue Dimension der Anstrengung. Es geht um ein Klima, das Existenzgründungen, Unternehmertum und wirtschaftliche Entwicklung von bestehenden Unternehmen ins Zentrum des politischen und gesellschaftlichen Lebens der Stadt stellt. Wir brauchen Vorbilder, Wissenstransfer und ständigen Austausch mit Unternehmern. Gerade in Berlin und gerade wiederum unter Zuwanderern sind zu viele Selbstständige lediglich in der lokalen Versorgungswirtschaft,

regelmäßig im Kleinhandel, tätig. Ein größerer Teil als heute muss sich **zu Betrieben mit höherer Produktivität und damit mehr Arbeitsplätzen entwickeln**. Diese Herausforderungen stellen sich im Übrigen für alle Berliner. Die CDU Berlin hat das Thema für alle Berliner zu einem Schwerpunkt ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Arbeit gemacht.

- c) Die Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zur Integration von Migranten kommt zu dem Ergebnis, dass die Lebenssituation von Zuwanderern in vergleichbaren deutschen Großstädten wie etwa München, Stuttgart oder Frankfurt am Main eine bessere ist als in Berlin. Auch die wirtschaftlichen Kennzahlen, insbesondere die Arbeitslosenzahlen, dieser Städte fallen im Vergleich mit Berlin weitaus positiver aus. Das heißt: **Die wirtschaftliche Gesamtsituation bestimmt auch die Lebenssituation der Zuwanderer.**

Durch den Wegfall der klassischen Industriearbeitsplätze in Berlin wurden viele Arbeitnehmer, insbesondere mit Zuwanderungshintergrund, dauerhaft arbeitslos. Die von Rot-Rot betriebene, fortschreitende Deindustrialisierung der Stadt und die daraus folgende ausschließliche Fokussierung auf Dienstleistungen war ein schwerer strategischer Fehler. Berlin hat heute weniger als 100.000 Industriearbeitsplätze, die zwar wettbewerbsfähig, aber nicht ausreichend für eine Stadt mit fast 3,5 Millionen Einwohnern sind. Dieser Umstand zeigt, dass eine **aktive und zukunftsorientierte Industriepolitik** allen Formen industrieller Arbeit gerecht werden muss. Unternehmen, die sich in Berlin ansiedeln möchten, müssen hier die besten Rahmenbedingungen vorfinden. Dazu sind alle Fördermöglichkeiten auszuschöpfen.

Vor dem Hintergrund der hohen Anzahl gering qualifizierter Zuwanderer in Berlin muss unsere vordringliche Aufgabe darin bestehen, diesen Menschen die Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Hilfreich hierbei wäre die Entwicklung spezieller **Fort- und Weiterbildungsprogramme**, um insbesondere gering qualifizierten Zuwanderern den Aufstieg in höher qualifizierte Tätigkeiten zu ermöglichen.

- d) Nach einer Vergleichsstudie des Instituts zur Zukunft der Arbeit haben gleich qualifizierte Bewerber mit türkischen Namen deutlich geringere Aussichten, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, als Bewerber mit deutschen Namen. Auch nach der OECD-Studie von Oktober 2009 finden selbst Zuwandererkinder mit hohem Bildungsniveau hierzulande schwerer eine Stelle (nur 81 %) als hochqualifizierte Kinder deutscher Eltern (90 %). Wir müssen befürchten, dass dies den Wegzug ausgerechnet der qualifizierten Zuwandererkinder in andere Länder zur Folge haben wird. Daran haben wir kein Interesse. Auch müssen wir befürchten, dass derartige persönliche Enttäuschungen die Identifizierung mit unserem Land und damit die Integration erschweren. Auch das können wir nicht wollen.

Wir müssen die **Einstellungschancen qualifizierter Zuwanderer verbessern**. Dies kann nicht durch Zwang gelingen, sondern nur durch Aufklärung, Werbung und Vermittlung. Der beste Weg ist die Vermittlung geeigneter und möglichst bezahlter Praktika für qualifizierte Zuwanderer in ihre Wunschberufe. Dann können sie zeigen, dass sie qualifiziert und ein Gewinn für die betreffenden Unternehmen sind. Die Praktikumsvermittlung sollte in die Hände der **Berufslotsen und Mentoren** gelegt werden. Auch eine öffentliche Kampagne, die zum Beispiel „Unsere Potentiale – nehmen wir sie an“ heißen könnte, kann hilfreich sein.

- e) Deutschland und Berlin befinden sich in einem globalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Mit einer leistungsfähigen Infrastruktur, exzellenten Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie qualifiziertem Personal ist Deutschland nach den USA und Großbritannien weltweit das drittbeliebteste Land für ausländische Studierende. Innerhalb Deutschlands ist Berlin der klare Favorit für ausländische Studierende. Von den 139.534 Studierenden an den Berliner Hochschulen im Wintersemester 2009/2010 waren mehr als 22.000 ausländische Studierende. Angesichts des immer stärker werdenden internationalen Wettbewerbs um die besten Studierenden befindet sich Berlin in einer guten Ausgangsposition, die es auszubauen gilt.

Als künftige Absolventen der Berliner Universitäten werden die ausländischen Studierenden in Berlin bald gefragte Arbeitskräfte sein. Aufgrund des demographischen Wandels werden Berlin und die Berliner Wirtschaft zunehmend auf die Fähigkeiten von Zuwanderern angewiesen sein. Umso wichtiger ist es, auf die qualifizierten ausländischen Akademiker und Fachkräfte zurückgreifen zu können, die schon in unserer Stadt leben. Mit ihren Sprachkenntnissen, ihrer Migrationserfahrung und ihrer hervorragenden Ausbildung an den Berliner Hochschulen können sie von unschätzbarem Wert für unsere Stadt sein.

Es muss daher vorrangiges Ziel einer verantwortungsvollen Politik sein, dass diese hoch qualifizierten Ausländer nach ihrem Studium ihre Fähigkeiten zum Wohle Berlins zum Einsatz bringen können. Dazu gehört zum einen die aktive Werbung um hochqualifizierte Arbeitskräfte und die besten Nachwuchswissenschaftler. Auch sind weitere Investitionen in den Bildungs- und Forschungsstandort Berlin von Bedeutung. Die Bundesregierung hat hierfür mit dem Konzept von der Bildungsrepublik Deutschland eine Schablone geliefert, an der sich auch Berlin orientieren sollte.

Wichtig ist aber auch der Abbau bürokratischer Hindernisse für den Eintritt in den Arbeitsmarkt. Derzeit können gute **Absolventen an Berliner Hochschulen** – obwohl dringend gebraucht – wegen ihres Ausländerstatus nur nach aufwendigen Verwaltungsverfahren eine Stelle in Berlin antreten. Wir wollen den umgekehrten Weg gehen und diese **Menschen langfristig an Berlin binden**, gerade in dem sie als Hochqualifizierte unbürokratisch eine Berufstätigkeit aufnehmen können.

6. Den Öffentlichen Dienst zum Vorbild machen

Der **Öffentliche Dienst ist für befähigte Bürger mit Zuwanderungshintergrund weiter zu öffnen**. Zuwanderer sollten für die Aufnahme beruflicher Tätigkeiten im Öffentlichen Dienst motiviert werden. Das ist aus mehreren Gründen sinnvoll: Zum einen hat dies Vorbildfunktion für andere Zuwanderer. Zum anderen führt es zu einer

größeren Identifikation von Menschen mit Zuwanderungshintergrund mit unserer Stadt und unserem Land. Schließlich sind ihre Kompetenzen sprachlicher und kultureller Art für die öffentliche Verwaltung eines Gemeinwesens mit mehr als 25 % Zuwanderer hilfreich.

Gesetzliche Regelungen zur Förderung der Einstellung von Migranten **lehnen wir ab**. Relevantes Einstellungskriterium kann nur die Qualifikation sein. Die Qualifizierung von Bewerbern mit Zuwanderungsgeschichte ist zu fördern. Eine öffentliche Kampagne, die den Namen „Berlin – Unsere Stadt – Unsere Chance“ tragen könnte, kann das Interesse der Leistungsstarken und Befähigten auch an einer Anstellung im Öffentlichen Dienst steigern.

7. Den Zusammenhalt stärken – bürgerschaftliches Engagement fördern

Bürgerschaftliches, ehrenamtliches Engagement, etwa im Sport, in der Bildung und Politik, bei der Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk, dem Deutschen Roten Kreuz, der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft und vielen anderen Rettungsdiensten, Hilfsorganisationen und karitativen Einrichtungen **wirkt identitätsstiftend**, stärkt den Zusammenhalt und vermittelt Anerkennung. Auch im Bereich der Eingliederung von Zuwanderern ist bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar.

In Berlin existiert bereits eine beeindruckende Vielfalt und Zahl privater Initiativen, wie zum Beispiel die Neuköllner Stadtteilmütter. Was dort, in Vereinen, auch Betrieben und Nachbarschaften geleistet wird, ist unverzichtbar. Häufig wirken Berliner mit und ohne Zuwanderungshintergrund zusammen und lösen oder lindern viele Probleme auf lokaler Ebene. Was sie leisten, kann der Staat nicht leisten. Auch der institutionelle Sport, zum Beispiel die Sportjugend des Landessportbundes, hat sich der Integration in den Problemkiezen angenommen. Der Staat muss all diese Aktivitäten ermuntern und unterstützen. Finanzielle Unterstützung aus Steuermitteln sollte es nicht wahllos, sondern gezielt geben, wenn ein klarer Kriterienkatalog erfüllt wird. Die Effizienz der eingesetzten Steuermittel ist regelmäßig zu überprüfen.

Wir wollen nicht, dass die Kinder derjenigen, die in die Abhängigkeit von Transfergeleistungen geraten, aus den Sportvereinen austreten, weil sie die Mitgliedsbeiträge nicht mehr aufbringen können. Die integrative Wirkung des gemeinsamen Sports ist unentbehrlich. Denn der Sport vermittelt Regeln, Leistungsbereitschaft, Teamgeist und soziales Verhalten. Daher wollen wir ihnen über ein Programm mit Gutscheinen **Mitgliedschaften in Sportvereinen ermöglichen**. Auf diese Weise kann das bislang wirkungslose Programm „Kids in die Sportclubs“ zum Erfolg geführt werden.

Auch **Migrantenorganisationen** sind als wichtige Partner zu veranlassen, sich noch stärker der Bildung und Qualifizierung der **Zuwandererkinder** anzunehmen. Ebenso wäre die Bildung eines Elternnetzwerkes für Zuwandererfamilien hilfreich. Insoweit setzen wir auf Eigenverantwortung, die staatlich unterstützt werden kann.

8. Die Lebensverhältnisse in den Kiezen ausgewogen gestalten

Am schwierigsten ist die Eingliederung von Zuwanderern in den Kiezen, in denen die Gruppe der Zuwanderer dominiert. Dies ist in **13 Kiezen in Mitte, Neukölln und Kreuzberg** der Fall; weitere können in absehbarer Zeit hinzukommen. An manchen Schulen in diesen Kiezen beträgt der **Anteil der Kinder mit Zuwanderungshintergrund über 80 %**. Auch besuchen 56,7 % der Zuwandererkinder Tageseinrichtungen, in denen mehr als 50 % der Kinder eine andere Muttersprache haben. **Deutsch ist dann nicht die aufnehmende und verbindende Sprache**. Hier fehlt oftmals das Umfeld, das Eingliederung und Integration fördert. So entsteht der **Irrglaube, es bedürfte der Eingliederung in die deutsche Gesellschaft nicht**. Derartige Konzentrationen erschweren die Gemeinschaft, den Gemeinsinn und das gegenseitige Verständnis der Berliner mit und ohne Zuwanderungshintergrund.

Hier muss gegengesteuert werden. Dazu müssen die **Lebensverhältnisse in den Kiezen mit hohem Zuwandereranteil so verbessert werden**, dass sich die dort noch lebenden Einheimischen nicht zum Wegzug veranlasst sehen. Dafür kann es hilfreich sein, wenn die dortigen Schulen Klassen für Kinder mit guten

Deutschkenntnissen einrichten, damit die Schulen ein attraktives Angebot an die Einheimischen und Zuwanderer mit guten Sprachkenntnissen machen können.

Auch Investitionen in die **Verbesserung der Infrastruktur**, die **Ansiedelung von Bildungseinrichtungen, Kunst und Kultur** in Zusammenarbeit mit privaten Initiativen und der **Zuzug durch Existenzgründer und junge Menschen**, zum Beispiel Studierende, können die geschlossenen Strukturen aufbrechen und die Lebensverhältnisse verbessern.

Ein weiteres wichtiges und bislang kaum genutztes Instrument liegt in der **ausgewogenen Vergabe von Mietwohnungen** durch die städtischen Wohnungsbauunternehmen. Diese sollen angehalten werden, für eine ausgewogene Verteilung des von ihnen verwalteten Wohnungsbestandes zu sorgen. Sie und auch private Eigentümer müssen erkennen, dass es in ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse liegt, dass ihre Miethäuser in einer Weise geführt und verwaltet werden, die sie auch für Mieter ohne Zuwanderungshintergrund attraktiv macht.

Aus Stadtteilmüttern sollen Beschäftigte mit Zielvereinbarungen werden. Die jetzige Konstruktion als Nebenerwerb führt dazu, dass sich vielfach Hartz IV - Empfänger begegnen, die gemeinsam nicht wissen, wie sie aus der Situation herauskommen sollen.

9. Räume für Verständigung schaffen – miteinander, statt übereinander reden

Eine **zunehmende räumliche Isolierung von Zuwanderern stört** nicht nur die **Stadtentwicklung**, sondern verhindert die Verständigung unter verschiedenen Bevölkerungsteilen. Wir brauchen aber **Kenntnis und Verständnis der wechselseitigen Situation**. Die Lebenswirklichkeit von Migranten ist vielen Einheimischen nicht näher bekannt. Medien berichten lieber von Missständen als über die Normalität. Das gilt gleichermaßen für Migranten-Medien, wenn sie über ausländerfeindliche Einstellungen berichten. Persönlicher Austausch erhöht die

wechselseitige Wertschätzung. **Aufklärung verbessert das Verständnis und die notwendige Differenzierung.**

Es ist daher systematisch zu ermitteln, welche Minderheiten kaum bis keinen Kontakt zu den alt eingesessenen Berlinern unterhalten. Über Patenschaften, gemeinsame Projekte und vergleichbare Maßnahmen ist eine umfassende praktische, im besten Fall **nachbarschaftliche Integration** anzustreben.

Aufklärung und Information sind insgesamt zu verstärken. Große Verantwortung haben die Medien.

Besonders bewährt haben sich gemeinsame Aktivitäten wie Musik, Sport, Kunst, die die Sozialkompetenz stärken. Solche Möglichkeiten sind systematisch anzubieten und zu fördern.

10. Begrüßungsbüros einrichten und Integrationskurse ausbauen

In Verantwortung der Integrationsbeauftragten der Bezirke sind als Anlauf- und Informationsstellen für Neuzuwanderer Begrüßungsbüros einzurichten, die über alle Fragen des **Zurechtfindens und Eingliederns beraten und Hilfestellung leisten.**

Sie vermitteln auch die Integrationskurse, die Zuwanderern Sprachkenntnisse und Grundkenntnisse in deutscher Geschichte und Kultur und das Grundverständnis des Zusammenlebens vermitteln. Sie haben sich zum wichtigen Instrument der Sprachförderung entwickelt. **Diese Angebote von Integrations- und Sprachkursen sind auf Eltern ausländischer Herkunft auszudehnen, die schon seit Jahrzehnten bei uns leben, ohne unsere Sprache bisher gut zu beherrschen.** Die von der CDU-geführten Bundesregierung initiierten **Eltern-Integrationskurse** sind endlich auch in Berlin umfassend umzusetzen. Eltern stehen in der Pflicht, dass auch ihre Kinder gut Deutsch lernen.

11. Den Zugang zu zurückgezogen lebenden Zuwandererfamilien öffnen

Ein Teil der Familien mit Zuwanderungshintergrund lebt zurückgezogen und schwer erreichbar für staatliche Behörden und die deutsche Zivilgesellschaft. Diese Familien verfügen über ungenügende deutsche Sprachkenntnisse. Ihre Kinder erreichen häufig keinen Schul- und Ausbildungsabschluss. Die betroffenen Familien leben oftmals von sozialen Transferleistungen. Eine Perspektive für ein selbstbestimmtes, wirtschaftlich eigenständiges und von Sozialleistungen freies Leben haben sie nicht. Gleichzeitig fühlen sie sich ausgegrenzt und frustriert, und es besteht eine erhöhte Gefahr des Abdriftens insbesondere der jungen Männer in die Kriminalität. Die Erfahrungen zeigen: Je bildungsferner, ärmer und ländlicher die Herkunft dieser Menschen ist, desto stärker ihre Segregation und desto schwächer ihre Eingliederung in die Gesellschaft.

Um dies zu ändern, müssen wir **dauerhafte Strukturen für eine systematische Begleitung des Bildungs- und Berufsweges für Menschen mit erheblichen Integrationsdefiziten schaffen**. Das vorwiegende Arbeiten in zeitlich befristeten Projekten führt zu Inkonsistenzen, die deren Erfolge schnell wieder gefährden. Das gut betreute Grundschulkind findet keine fortgesetzte Betreuung in der Oberschule, dem Jugendlichen nach einer Qualifizierungsmaßnahme bleibt danach nur noch die finanzielle Zuwendung des Jobcenters.

Die Erfahrung zeigt, dass öffentliche Appelle alleine nichts bewirken. Wir müssen das Problem daher aktiv angehen. Dazu benötigen wir die Unterstützung derjenigen **Migrantenorganisationen**, die auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Diese sollen den **Zugang zu den zurückgezogen lebenden Zuwandererfamilien öffnen**.

Ferner brauchen wir **geeignete Integrationsmanager**, die in der Lage sind, mit diesen Zuwandererfamilien zu kommunizieren. Zu denken ist insbesondere an erfolgreich integrierte Menschen mit Zuwandererhintergrund, die die notwendigen kulturellen Kenntnisse mitbringen, um den persönlichen Zugang zu den betroffenen Menschen zu erreichen.

Die Integrationsmanager sollen den Auftrag haben, die betroffenen Zuwandererfamilien regelmäßig in ihren Wohnungen aufzusuchen und im direkten Gespräch mit ihnen gemeinsam zu analysieren, welche Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Schule, Berufsqualifizierung und Jobsuche erforderlich sind, um sie in ein gut integriertes, wirtschaftlich eigenständiges Leben zu führen. Bildungs- und Qualifizierungsdefizite müssen klar angesprochen und **Zielvereinbarungen** darüber getroffen werden, wie diese abzustellen sind. Dazu könnten **Integrationsverträge** zwischen dem Integrationsbeauftragten des Bezirksamts und den Zuwandererfamilien dienen. Um den Integrationsmanagern die Möglichkeit zu geben, den Forderungen nach Einhalten der Zielvereinbarungen Nachdruck zu verleihen, sollen sie von den zuständigen Behörden bei Entscheidungen zum Aufenthaltsstatus und zur Gewährung oder Kürzung von Sozialleistungen gehört werden.

Den organisatorischen Rahmen für die Tätigkeit der Integrationsmanager können gemeinnützige Vereine und Gesellschaften bilden, die unter Beteiligung der Wohlfahrtsverbände, aber insbesondere auch der verfassungstreuen **Migrantenorganisationen** zu errichten sind. Deren öffentliche Förderung sollte davon abhängig gemacht werden, dass sie satzungsmäßig und tatsächlich Integrationsmanager mit den beschriebenen Zielen zum Einsatz bringen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme sollte im Rahmen eines Pilotprojektes getestet werden. Im Erfolgsfalle sollte sie flächendeckend eingesetzt werden.

12. Die deutsche Staatsangehörigkeit zum Ziel einer gelungenen Integration machen

Die **vollen Bürgerrechte** und insbesondere das Wahlrecht müssen an den **Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebunden bleiben**. Wählen ist ein Staatsbürgerrecht. Der Erwerb des Wahlrechts und die politische Mitbestimmung müssen Anreiz für die Integrationsanstrengungen der Zuwanderer bleiben. Es würde dem Interesse an einer erfolgreichen Eingliederung der Zuwanderer schaden, ihnen diesen Anreiz zu nehmen. Daher muss der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit Voraussetzung für politische Mitbestimmung bleiben. So sieht es

auch das Grundgesetz vor. Daher **lehnen wir ein Ausländer-Wahlrecht über das bereits bestehende Wahlrecht für EU-Staatsangehörige ab.**

Gleichzeitig muss die **deutsche Staatsangehörigkeit grundsätzlich auch für Zuwanderer und ihre Nachkommen erreichbar** sein. Sonst kann der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht als Motor für die Integrationsanstrengungen der Zuwanderer wirken. Zudem dient sie der Identifikation mit unserem Land.

Auch wollen wir keine Gesellschaft mit einem zahlenmäßig großen Teil ohne volle Bürgerrechte. **Unser Ziel ist vielmehr eine kulturell vielfältige Gesellschaft vollberechtigter Bürger, deren einigendes Band die deutsche Staatsangehörigkeit und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind.** Diesem Ziel dienen die neu geschaffenen Einbürgerungstests, die einen Referenzrahmen für die erforderlichen Kenntnisse über Demokratie, Geschichte und Leben in Deutschland geschaffen haben, die ein Zuwanderer von Deutschland haben soll.

Dazu gehört auch, die eingebürgerten Zuwanderer und die deutsche Innenpolitik einer **politischen Einflussnahme durch die Regierungen der Herkunftsländer zu entziehen.** Die Einmischung der türkischen Regierung in innenpolitische Fragen Deutschlands, wie sie durch den Auftritt des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan am 10.02.2008 in der Kölnarena sichtbar geworden ist, erschwert die Eingliederung der türkischen Zuwanderer. Dies zeigt, wie wichtig es für den Erfolg unserer Integrationsanstrengungen ist, den Zuwanderern die Türen zur deutschen Staatsangehörigkeit zu öffnen.

Wir **lehnen die generelle Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft ab.** Wir stehen **Modifikationen des Staatsangehörigkeitsrechts** auf Bundesebene offen gegenüber. Dabei sollte es sowohl zu einem **Abbau unnötiger Bürokratie** wie auch **erheblicher Ungleichbehandlungen** kommen.

Einbürgerungsverfahren sind zu **beschleunigen.** Häufig werden sie aufgrund der Dauer und der vielfältigen Anforderungen der Einbürgerungsbehörden von den Einzubürgernden als belastend empfunden. Deren Erfahrungen schrecken oftmals

andere Zuwanderer ab, die Einbürgerung anzustreben. Dies gilt auch für gut integrierte EU-Bürger, die die deutsche Staatsangehörigkeit anstreben und dabei häufig bürokratischen Widrigkeiten ausgesetzt sind. Personalausstattung und Serviceorientierung der Behörden sind zu verbessern.

Wichtig ist schließlich, dass die Einbürgerungen würdig verlaufen. Wenn die Einbürgerung als Vollzug eines Verwaltungsaktes empfunden wird, verfehlen wir die Integrationskraft der Einbürgerung. Der Rahmen für die Aushändigung der Einbürgerungsurkunde muss die **große Bedeutung der Einbürgerung deutlich machen**. Dazu gehören ein Festakt im Rathaus, die Einbürgerungsrede eines staatlichen Repräsentanten, das **feierliche Bekenntnis der Eingebürgerten**, „*das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland zu achten und alles zu unterlassen, was ihr schaden könnte*“, die Aushändigung der Einbürgerungsurkunde und die Nationalhymne, dies alles möglichst unter öffentlicher Beteiligung.

13. Zuwanderung nach nationalen Interessen steuern

Durch das neue Zuwanderungsgesetz von **2005 ist das Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht** auf der Grundlage verschiedener Richtlinien der Europäischen Union **grundlegend neu geregelt** worden. Es ist nun möglich, die Zuwanderung nach nationalen Interessen zu steuern. Die Erfahrungen mit den neuen Regelungen müssen kontinuierlich ausgewertet werden.

Wenn der Familiennachzug zugelassen wird, muss **neben den sonstigen gesetzlichen Vorgaben** der Erwerb von Sprachkenntnissen vor dem Familiennachzug nachgewiesen werden. Dies dient nicht nur der Förderung der deutschen Sprachkenntnisse, sondern auch dem Schutz vor Zwangsehen.

Die gesetzlichen Anforderungen und ihre Anwendung sind laufend daraufhin zu überprüfen, ob sie für die Integration der nachziehenden Ehegatten ausreichend sind. Denn es **kommt darauf an, dass die nachziehenden Familienangehörigen integrationsfähig und –willig sind** und die dazu erforderlichen

Mindestvoraussetzungen an ihre deutschen Sprachkenntnisse und an ihre Kenntnisse an die deutsch-europäische Gesellschaftsordnung mitbringen.

Die aufenthaltsrechtlichen Regelungen zur Integration (§§ 43 ff. des Aufenthaltsgesetzes) sehen neben den Förderansprüchen auf Teilnahme am Integrationskurs auch die Verpflichtung zur Teilnahme und die Sanktionierung der Nichtteilnahme vor. Ohne diese ist ein effektives „Fördern und Fordern“ nicht vorstellbar. Zuständig sind hier die Ausländerbehörden und die Jobcenter/ARGEN. Hier gilt es, die Praxis auf ihre Effektivität zu prüfen. Verpflichtungsregelungen laufen ins Leere, wenn es keine Sanktionspraxis gibt.

Über Asylanträge muss schneller entschieden werden. **Verfahren über viele Jahre** sind sowohl für die Betroffenen wie für unser Gemeinwesen eine **unzumutbare Belastung**. Der Schwebezustand, in dem Asylbewerber nicht arbeiten, nicht wissen, wo sie leben werden, möglicherweise aber schon Kinder in Deutschland bekommen haben, **behindert Integration** und macht eine spätere Ausweisung menschlich schwierig.

Wir sollten daher auf Bundesebene alle erforderlichen Maßnahmen für eine **Verfahrensbeschleunigung** einsetzen. Gleichzeitig müssen wir **unentschiedene Langzeitfälle** jedenfalls dann zugunsten der Asylbewerber **endgültig klären**, wenn sie einen Arbeitsplatz finden, sie nicht durch Straftaten aufgefallen sind und ihre Kinder mit Erfolg deutsche Schulen besuchen.

Die Daten aus dem Migrationsbericht belegen: Immer mehr ausländische Wissenschaftler, Fachkräfte und leitende Angestellte finden in Deutschland eine berufliche Perspektive. Auch die Zahl von **240.000 ausländischen Studierenden** an deutschen Hochschulen ist ein **Beleg für die zunehmende Vielfältigkeit** unseres Landes. Dies sollte für uns Ansporn sein, **für Hochqualifizierte und motivierte Zuwanderer noch attraktiver zu werden**. Wir benötigen ausländische Fachkräfte, damit wir unsere wirtschaftliche Führungsrolle auf vielen Weltmärkten sichern können. Daher sollten wir die Zuwanderung Hochqualifizierter fördern.

14. Handels- und Reiseerleichterungen schaffen

Berlin muss die **Chancen für Wirtschaftswachstum nutzen**, die sich **aus den Beziehungen seiner Zuwanderer zu ihren Herkunftsländern** ergeben. Besondere Chancen liegen in den Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa, der Türkei und den Wachstumsregionen der Welt. Zuwanderer haben eine große Zahl bedeutender Handelsunternehmen gegründet. Mit ihrer Hilfe können die Wirtschaftsbeziehungen im Interesse des Standortes Berlin ausgebaut werden. Berlin hat auch wegen der Präsenz der Botschaften und zahlreicher Konsulate besondere Chancen für den Aufbau internationaler Wirtschaftsbeziehungen, die es künftig besser zu nutzen gilt.

Ebenso wie Düsseldorf eine europäische Anlaufstelle für japanische Investoren darstellt, wäre es beispielsweise denkbar, dass Berlin **zur europäischen Anlaufstelle für Wirtschaftsbeziehungen mit Indien** wird, einer der aufstrebenden Wirtschaftsmächte der Welt.

Berlin als Messe- und Kongressstadt bietet schon heute gute Voraussetzungen, muss aber in dieser Richtung endlich aktiv werden, um sein Potential für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu nutzen. Geprüft werden sollte eine Entbürokratisierung von Visa-Erteilungen für Geschäftsleute.

Zuwanderer leisten auch mit einer großen Zahl von **Existenzgründungen** hier in Berlin einen wichtigen Beitrag für die Wirtschaftskraft und den Arbeitsmarkt unserer Stadt. Allein die über 9.000 Unternehmen türkischstämmiger Unternehmer beschäftigen 29.000 Mitarbeiter und erwirtschaften einen Jahresumsatz von 3,5 Milliarden Euro.

All diese Leistungen sind nicht nur im wirtschaftspolitischen Interesse Berlins. Sie fördern auch die Integration der Zuwanderer. Sie geben gute Beispiele dafür, dass Zuwanderer zu tragenden Säulen unserer Gesellschaft werden. Diese Beispiele müssen sichtbar gemacht werden, damit sie noch mehr Zuwanderer anspornen, es ihnen gleich zu tun.

15. Kulturpolitik als Teil der Integrationspolitik begreifen

Die Kultur wird im Kontext der Integrationsdebatte selten erwähnt, weil die Kultur ohnehin ein genuin internationales Feld und Integration dort selbstverständlich ist. Kultur ist die Grundlage unseres Zusammenlebens. **Integration ist ohne Kultur nicht möglich.** Kunst und Kultur spiegeln das Selbstverständnis unserer Gesellschaft wider. Dazu gehört das kulturelle Erbe ebenso wie der zeitgenössische künstlerische Ausdruck.

Zur Integration von Menschen ohne originär deutschen Hintergrund leisten Kunst und Kultur schon heute wertvolle Beiträge. In Berlin blüht eine **lebendige internationale Kunstszene**. Derzeit leben und arbeiten in Berlin ca. 6.000 bildende Künstler - etwa 25% davon sind ausländischer Herkunft. Allein im Bezirk Berlin Mitte sind 166 Kulturen vertreten. Auch von den 128 Musikern der Berliner Philharmoniker sind 57 ausländischer Herkunft. Das künstlerische Personal der drei Opernhäuser in Berlin (Deutsche Oper, Komische Oper, Staatsoper Unter den Linden) umfasst zusammen 930 Mitglieder. Etwa 20 % dieser Ensemblemitglieder kommen aus dem Ausland. Auch die Literatur von Autoren mit Zuwanderungshintergrund war anfangs eine Randerscheinung; heute ist sie fester Bestandteil der deutschen Kultur.

Die **Kulturmetropole Berlin** ist schon lange **Anziehungspunkt für Künstler aus aller Welt**. Auch starten viele ausländische Kunst- und Kulturinstitutionen Projekte und Initiativen in Berlin. Berlin hat diese Prägung als Kulturmetropole nicht zuletzt durch die Zuwanderung, Ansiedlung und Integration erfahren. Berlins Erfolg als Kreativstandort ist gerade durch seine kulturelle Vielfalt und die Fülle an Einflüssen anderer Kulturen und Künste zu erklären. Sie liefern den wichtigsten Beitrag zu Berlins internationalem Erfolg und Image als kreative Stadt.

Kulturell pluralistische Gesellschaften sind nicht frei von Konflikten. Dennoch wäre es ein starkes Zeichen der Anerkennung und Integration, die **Kultur der Zuwanderer und ihrer Herkunftsländer** in der deutschen Hauptstadt Berlin **dauerhaft zu zeigen**. Bieten wir ihnen eine Heimat, erleichtern wir ihre Integration und ihr Bekenntnis zu Deutschland.

Dort, wo unterschiedliche Sprachen, Kulturen, Verhalten und auch Wertevorstellungen zusammenkommen, werden Kunst und Kultur zu einer Art gemeinsamen Sprache. Über den Schritt der Akzeptanz und des Respekts kann auch die Anerkennung gemeinsamer Werte folgen. Die Kunst- und Kulturszene Berlins lebt von ihrer Vielfalt, der Neugier auf das Fremde und dem lebendigen Austausch der Kulturen. Darin liegt eine Vorbildfunktion der Kultur für die Integration.

16. Den Dialog mit Muslimen suchen

Die CDU ist die **Partei des christlichen Menschenbildes**. Sie ist die **Wertepartei** in Deutschland. Als Wertepartei ist sie in besonderer Weise in der Lage, sich mit den Vertretern und Angehörigen des religiösen Islam auszutauschen. Die CDU **erkennt die Muslime als wertorientierte Mitmenschen an**, streckt ihnen die Hände entgegen und lädt sie ein zu einem offenen Dialog über gemeinsame Werte und die Fragen der Integration des Islam in die deutsche Werteordnung. Die CDU ist der **Überzeugung, dass der Dialog nicht nur Unterschiede, sondern auch viel Verbindendes** ergeben wird. Man denke nur an den hohen Stellenwert von Werten wie Familie. Das Verbindende muss zum Fundament der Zukunft werden.

Der Islam hat von Arabien aus in vielen Regionen der Welt Geschichte und Kultur geprägt. **Islam und die arabische Kulturgeschichte sind untrennbar miteinander verbunden**. Das respektieren wir. Das Christentum hat die europäische Geschichte und Kultur geprägt. **Christentum und europäische Kulturgeschichte sind ebenso untrennbar miteinander verbunden**. Dies zu respektieren erwarten wir ebenso.

Teil der europäischen Kulturgeschichte ist aber auch die **Trennung von Staat und Religion im Zuge der Säkularisation** und zugleich das Grundrecht auf Religionsfreiheit. Es half, die gewaltsamen Religionsgegensätze in Europa zu überwinden. Heute befähigt es die europäischen Staaten, sich für andere Religionen zu öffnen. Es ist die deutsche Verfassungs- und Rechtsordnung, die auch den Muslimen die freie Religionsausübung gewährt. Wir fordern die Vertreter des Islam auf, dies zu erkennen und anzuerkennen. Eine gemeinsame **Vertrauenserklärung der Vertreter des Islam zugunsten der sie schützenden deutschen**

Verfassungs- und Rechtsordnung, wie sie die Teilnehmer der Deutschen Islam Konferenz im März 2008 abgegeben haben, erhöht die Akzeptanz des Islam in Deutschland wesentlich. Dieses gemeinsame Fundament ist zu betonen und zu verbreitern.

So sehr wir das hohe Maß an Religionsfreiheit auch zugunsten nichtchristlicher Religionen in der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland wertschätzen, so sehr **verurteilen wir das geringe Maß an Religionsfreiheit für Christen in vielen Herkunftsländern muslimischer Zuwanderer**. Wir wollen die Vertreter des Islam in Deutschland dafür gewinnen, mit uns weltweit für Religionsfreiheit einzutreten und die Verfolgung religiöser Minderheiten zu verurteilen. Ein derartiger Schulterschluss zwischen Christen und Muslimen wird die Akzeptanz des Islam in Deutschland wesentlich erhöhen.

Wir sind der Überzeugung, dass die islamistischen Terroristen, die die Menschen weltweit in Angst und Schrecken zu versetzen versuchen und die mit ihren Attentaten vor allem Muslime töten, die Gebote des Islam verletzen und islamfeindlich sind. Wir möchten alle Vertreter des Islam in Deutschland daher veranlassen, **gemeinsam mit uns dem islamistischen Terror den Kampf anzusagen**. Auch dies wird das Ansehen des Islam in Deutschland nachhaltig verbessern.

Gerade als christliche Partei verstehen wir, wie wichtig Religion für den Einzelnen und die Gesellschaft sein kann. Wir haben Respekt vor dem Glauben aller Menschen. Wir wissen, dass **wir ohne den Dialog mit den Glaubensgemeinschaften der Zuwanderer die Menschen schwer erreichen**. Wir freuen uns, dass viele Islamvertreter seit einigen Jahren in einen konstruktiven Dialog mit der CDU-geführten Bundesregierung eingetreten sind.

Der Islam ist in sich sehr vielfältig. Diesen Pluralismus respektieren wir. Die **Muslime in Deutschland werden daher nicht eine einheitliche Repräsentanz bilden** können. Statt eines deutschen muslimischen Oberhauptes sollte ein Modell gefunden werden, das dem **Pluralismus des Islams gerecht** wird.

Nicht nur der Islam ist vielfältig. Auch die Zuwanderer aus muslimischen Ländern stehen in sehr unterschiedlicher Beziehung zum Islam. Viele Zuwanderer sind nur schwach oder gar nicht mehr religiös geprägt – so wie viele Christen heute auch. Kluge Integrationspolitik muss auch das berücksichtigen.

Gläubige Menschen aller Religionen sind uns willkommen. Den politischen Islam als **theokratisches Herrschaftssystem lehnen wir** hingegen als unfreiheitlich und nicht mit unserer demokratischen Ordnung vereinbar **ab**. Im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat geht alle Gewalt vom Volke aus. Menschenwürde, Freiheitsrechte, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Mann und Frau, das Verbot der Todesstrafe und körperlicher Verstümmelungen sind unverhandelbare Grundlagen unserer verfassungsmäßigen Ordnung.

Am 19.11.2009 wurde die erste internationale Studie zur Wertewelt der Deutschen, Deutsch-Türken und Türken der Meinungsforschungsinstitute INFO GmbH aus Berlin und Liljeberg Research International Ltd. Sti. aus Antalya herausgegeben. Die Feststellungen sind ermutigend. So besitzen **Deutsche, Deutsch-Türken und Türken gleichermaßen eine sehr hohe Wertschätzung für Werte wie Familie, Freiheit, Gleichheit, Respekt gegenüber dem menschlichen Leben, Respekt gegenüber anderen Religionen und Kulturen, Frieden, Demokratie, Gesetz und Ordnung, Gerechtigkeit, Pünktlichkeit, Ordnung und Sauberkeit und Rechtsstaatlichkeit**. Die Unterschiede liegen bei der hohen Wertschätzung von Religiosität und Tradition bei Türken, mittleren Werten bei Deutsch-Türken und eher geringen Werten bei Deutschen.

Dies zeigt, dass an der Integrationsfähigkeit auch von Menschen muslimischen Glaubens grundsätzlich keine Zweifel bestehen.

Wir begrüßen die Empfehlung des Wissenschaftsrates zur **Imamausbildung an deutschen Hochschulen**. Es ist richtig und notwendig, die Ausbildung islamischer Theologen in den Universitäten **unter staatlicher Aufsicht und in deutscher Sprache** durchzuführen. Dies ist ein wesentlicher Schritt hin zu einer besseren Integration muslimischer Mitbürger. Die CDU hatte bereits in ihrem Wahlprogramm 2006 und vor genau drei Jahren in einem Antrag „Islamische Religionslehrer an den

Berliner Universitäten ausbilden“ für diesen Weg geworben. Doch der Senat hat wertvolle Zeit verstreichen lassen: Die Beantwortung des Prüfauftrags hat er bis heute immer wieder verschoben. Nachdem nun die Empfehlung des Wissenschaftsrates vorliegt, muss der Senat zügig handeln und die Voraussetzungen für diesen Ausbildungsgang schaffen. Berlin sollte hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Ziel muss die akademisch fundierte Fortentwicklung hin zu einem aufgeklärten, toleranten Islam sein, der die gesellschaftlichen Realitäten in Europa akzeptiert und aufnimmt.

Wenn Imame in Deutschland ausgebildet werden und aus Deutschland stammen, gehen die politischen Einflussnahmemöglichkeiten ausländischer Regierungen auf die innenpolitische Lage Deutschlands zurück. Für die bereits in Berlin aktiven Imame wollen wir Sprachausbildung und staatsbürgerliche Integrationskurse anbieten. Denn wir wollen, dass **Imame zu Brückenbauern zwischen Muslimen und Nichtmuslimen** werden.

Berlin und Brandenburg sind die einzigen Bundesländer, in denen kein **verfassungsmäßiger Anspruch auf bekenntnisgebundenen Religionsunterricht, also auch Islamunterricht, an Schulen** besteht. Die CDU unterstützt die Einführung islamischen Religionsunterrichts unter staatlicher Aufsicht und in deutscher Sprache.

Moscheen bauen zu dürfen, ist verfassungsrechtlich verbürgt. Aber auch das Recht, an einzelnen Bauvorhaben Kritik zu üben, ist verfassungsrechtlich verbürgt. So sehr wir uns **für das Recht zum Bau von Gotteshäusern für alle Konfessionen** einsetzen, so sehr wehren wir uns gegen alle Versuche, die Sorgen der Bürger entweder als verfassungsfeindlich und rassistisch zu verunglimpfen oder gar zum Hass gegen religiöse Gruppen zu instrumentalisieren.

Die Bauherren von **Gotteshäusern** sind gut beraten, wenn sie ihre Bauvorhaben **in die umliegende Bebauung einfügen**. Auch wird ein Gebäude, das dem westlichen Architekturstil folgt, auf viel höhere Akzeptanz stoßen als ein Gebäude etwa im orientalischen Stil. Es ist ein Gebot der Klugheit, die bestehenden Vorbehalte zu berücksichtigen, anstatt sie zu ignorieren und auf diese Weise zu vergrößern. Dialog

und Transparenz, etwa zum Geschehen in den Moscheen und zur Finanzierung der Bauten, steigern die Akzeptanz ebenfalls.

Dies gilt auch für den Bau von Minaretten und den Muezzinruf. Ein verantwortliches Vorgehen erfordert es, auf die Empfindungen der Bürger Rücksicht zu nehmen, sie emotional mitzunehmen und eine gewisse Zurückhaltung bei der Durchsetzung der Projekte zu wahren. Wir sind sicher, dass diese Fragen im Einzelfall einvernehmlich geregelt werden können.

Staatliche **Repräsentanten wie Lehrer und Polizisten sind im Dienst zur religiösen Neutralität verpflichtet**. Deshalb soll es im Öffentlichen Dienst bei dem bestehenden Kopftuchverbot bleiben.

Viele Einheimische empfinden das Kopftuch als Integrationshemmnis und bisweilen auch als eine Beeinträchtigung der Freiheit der Frau. Doch bedrohen Kopftücher die verfassungsmäßige Ordnung nicht. Daher sind wir **gegen ein allgemeines Kopftuchverbot** und für eine gewisse Gelassenheit im Umgang mit dem Kopftuch. Wir wollen auch nicht, dass die – oftmals gut ausgebildeten – Trägerinnen des Kopftuches durch ein Kopftuchverbot in eine illegale Parallelgesellschaft gedrängt werden. Wir wollen, dass sie bekennende Träger unserer Verfassungsordnung werden.

Hingegen lehnen wir Gesichtverschleierungen wie die Burka ab. Sie behindern die Integration und erhöhen die Vorbehalte gegen Menschen muslimischen Glaubens. Angesichts der derzeit geringen Zahlen von Gesichtverschleierungen in Berlin wollen wir die Entwicklung auch in Europa beobachten, mit den Vertretern des Islam diskutieren und mit ihnen gemeinsam eine Lösung finden. Als letztes Mittel bleibt das Verbot der Gesichtverschleierungen.

Der Islam in Deutschland und in Europa muss ein existentielles Interesse daran haben, sich im Einklang mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung weiterzuentwickeln. Wir sind **der festen Überzeugung, dass die Freiheit unserer Verfassungsordnung** auf Dauer eine **erheblich stärkere Anziehungs- und Prägekraft** auf die bei uns lebenden Muslime hat als ein nicht in unsere

Verfassungsordnung integrierter, archaischer Islam, der der ursprünglichen Lebenswirklichkeit manch eines arabischen Landes vergangener Zeiten entsprechen mag, nicht aber der des Europas im 21. Jahrhundert.

17. Kriminalität konsequent bekämpfen

Eine kleine Minderheit von zum Teil schwerstkriminellen Tätern mit Zuwanderungshintergrund hat das Bild vieler Berliner von unseren Zuwanderern negativ geprägt. Dem müssen wir entgegentreten.

Das geht nicht dadurch, dass – wie in der Vergangenheit üblich – das Thema der Kriminalität unter Zuwanderern tabuisiert wird. Die Fakten müssen genannt und die Probleme müssen gelöst werden. Zu den Tatsachen gehört, dass es sich ausweislich der polizeilichen Kriminalstatistik für 2008 bei 79 % der so genannten Intensivtäter um Jugendliche und Heranwachsende mit Zuwanderungshintergrund handelt. 47 % sind arabischstämmig.

Zu den Tatsachen gehört auch, dass in bestimmten Stadtteilen Polizeieinsätze durch blitzartige Zusammenrottung von ethnischen Gruppen gewaltsam unterbunden worden sind. Oftmals stehen inakzeptable Vorstellungen von Familien- und Clan-Ehre über dem Respekt für den einzelnen Polizeibeamten und die staatliche Ordnung. Dies beschädigt in erheblichem Maß die Autorität der Träger staatlicher Ordnung, insbesondere der Polizei. Zudem befördert dies die Entwicklung von Parallelgesellschaften, die anderen Gesetzmäßigkeiten folgen, nicht aber den Gesetzen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Das darf nicht hingenommen werden. **Wir können uns keine rechtsfreien Räume in unserer Stadt leisten.** Das Gewaltmonopol des Staates und Recht und Ordnung müssen durchgesetzt werden. Rechtskräftig verurteilte nichtdeutsche Straftäter sind nach geltender Rechtslage abzuschieben. Integration ohne Sicherheit ist nicht realisierbar. Es bedarf daher erheblicher Anstrengungen sowohl im präventiven, als auch im repressiven Bereich, um auch diese Form der Kriminalität ideologiefrei zu

bekämpfen. Das gilt selbstverständlich nicht nur für Kriminalität aus den Reihen der Zuwanderer, sondern für jede Form von Kriminalität.

Im Bereich der Prävention bei der Jugendkriminalität ist zum Beispiel das sogenannte Intensiv- und Schwellentäterkonzept der Berliner Justiz weiter zu entwickeln. Auch müssen die Voraussetzungen für eine schnelle Ahndung von Delikten im Jugendkriminalitätsbereich weiterentwickelt werden. Das sogenannte Neuköllner Modell ist auf ganz Berlin auszuweiten.

Wir müssen uns aber ebenso vor Augen halten, dass in der Intensivtäterdatei 548 Intensivtäter (davon 79 % mit Zuwanderungshintergrund) registriert sind. Wir reden also über eine Minderheit, die in keiner Weise unser Bild der 863.500 Menschen mit Zuwanderungshintergrund prägen sollte. Auch dies müssen wir klar sagen.

18. Integrationspolitik zur Chefsache machen

Wir dürfen für eine erfolgreiche Integrationspolitik in Berlin nicht noch mehr Zeit verlieren. Wir können es uns nicht erlauben, dass die Menschen – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – mit den Herausforderungen der Integration vom rot-roten Berliner Senat allein gelassen werden. Insbesondere darf das Thema Integration nicht deswegen durch die Maschen unterschiedlicher Ressorts fallen, weil es **keine klare Verantwortung** gibt.

Was sind die Schlussfolgerungen? Wir müssen die **Kompetenzen in der Integrationspolitik zur Chefsache machen** und in der Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters bündeln. Damit bekommt die Integrationspolitik eine neue treibende Kraft. Einer Metropole wie Berlin, die Vorbild in der Integrationspolitik werden sollte, stünde das gut zu Gesicht.

Alternativ wäre es sinnvoll, die Integrationspolitik mit der Bildungspolitik in einer gemeinsamen Senatsverwaltung für Bildung und Integration zusammenzuführen. Denn der Schwerpunkt der Integrationspolitik liegt im Bereich der Bildungspolitik.

IV. Abschließende Betrachtung

Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst von Brandenburg, hat mit dem Edikt von Potsdam 1685 fast 44.000 Hugenotten aufgenommen, die wegen ihres Glaubens aus Frankreich flohen. Allein nach Brandenburg-Preußen immigrierten etwa 20.000 Flüchtlinge. **Ein Drittel der Berliner Bevölkerung waren zu dieser Zeit Hugenotten.** Friedrich Wilhelm wollte mit Hilfe der Migranten die großen ökonomischen Probleme seines Landes nach dem Dreißigjährigen Krieg lösen und neue Handwerkszweige und Produktionsformen importieren. Das ist ihm auch gelungen.

Dieses Beispiel zeigt: Die geschichtliche Entwicklung Berlins zur Weltmetropole ist ohne Zuwanderung, Weltoffenheit und Toleranz nicht denkbar. Es zeigt aber auch: Zuwanderung muss nach eigenen Interessen gesteuert werden, sie muss der Stärkung der Stadt dienen.

Heute befindet sich Berlin im Umbruch. Durch Krieg und Teilung hat es seine traditionelle Stärke in industrieller Hinsicht verloren. Zugleich ist Berlin bereits heute ein internationaler Magnet für Wissenschaft, neue Technologien und Kultur. Es gilt, die **Stärken Berlins systematisch auszubauen.** Diesem Ziel müssen auch unsere Integrations- und Zuwanderungspolitik dienen.

Stichwortverzeichnis

A

Arbeit	6
Arbeitsmarkt	10
Asylantrag	36
Aufsteigerrepublik	14
Aufstiegschance	14
Ausbildung	10

B

berufliche Qualifikation	6, 10
Berufsausbildung	23
Berufslotse	23
Betreuungsgeld	20
Bildung	10, 21
Bildungsrepublik	14
bürgerliches Engagement	28
Burka	43

C

Christentum	15, 39, 40
-------------------	------------

D

deutsche Staatsangehörigkeit	1, 16, 33
deutsches Interesse	12
Deutschkenntnis	5, 21
Diskriminierung	24
doppelte Staatsbürgerschaft	34

E

Eigenverantwortung	14
Einbürgerungsverfahren	34
Eltern	22, 31
Elternverträge	22
Existenzgründer	29

F

Fachkräftemangel	11
Familie	39
Familiennachzug	35
fördern und fordern	19
Frauen zu Verbündeten machen	19
Freiheit	41
freiheitlich-demokratische Grundordnung	14, 15, 16, 33, 35, 39, 41, 42, 43

G

Gemeinsinn	19, 29
Gewaltmonopol des Staates	44
Gleichberechtigung	41
Grundwerte	15

H

Heimatsprache	5
Herkunftsland	34
Hochschule	26

I

Identität	16
Imamausbildung	41
Industriepolitik	25
Integrationsdefizit	18
Integrationserfolge	7
Integrationshemmnis	18
Integrationskosten	7

Integrationsmanager	32
Integrationsvertrag	32
Islam	39
Islamunterricht	42
Isolierung	30

J

Jugendkriminalität	45
--------------------------	----

K

Kinder	10
Kindertagesstätte	20
Kontrolle	9
Kopftuchverbot, kein allgemeines	43
Kriminalität	4
Kultur	11, 37
Kulturpolitik	37
Kürzung staatlicher Leistungen	21

L

Leistungsempfänger	8
Leistungsträger	8

M

Migrantenorganisation	32
Moschee	42
Multikulti	11, 17, 38

N

Neuköllner Modell	45
-------------------------	----

O

öffentlicher Dienst	27
---------------------------	----

P

Parallelgesellschaft	12, 43, 44
Polizei	21, 44
Problemkiez	13

R

Religionsfreiheit	39
Repression	4

S

Sanktion	4
Schule	5
Schulverweigerer	21
Selbstbestimmung	41
Selbstständige	24
Sozialstaat	12
Sprachförderklasse	22
Sprachkenntnis	2, 5, 19
Stadtteilmütter	30
Straftäter	44

T

Transferleistung	13
------------------------	----

W

Wahlrecht	33
Werte	15

Z

Zielvereinbarung	32
------------------------	----